

- 800 permanent ausgewertete Zeitschriften
- Hinweise auf wichtige Fachliteratur
- Buchbesprechungen im Volltext
- Veranstaltungshinweise . . .



Aktuelle Zeitschriftenliste

Rezensionsangebote

Liebe LeserInnen,

Sie wurden im letzten ZID zur Frage einer Konkordanzliste auf diese Woche vertröstet. Das haben wir nicht vergessen.

... das heutige Thema lautet deshalb: die Zuordnungen von Themen-
gruppen zu den 29 Sachgebieten, die dem ZID zugrunde liegen.

Diese Information besteht im wesentlichen aus der Liste, die Sie im
ANHANG finden: 220 Begriffe und deren Zuordnung zu den Sachge-
bieten.

Diese erste Zuordnungsebene eröffnet Ihnen einen Blick in unsere
Systematik. Dabei sind Mehrfachzuordnungen – einer Zeitschrift –
vielfach naheliegend und möglich.

Alle Einzelfundstellen werden von uns zusätzlich noch auf einer
zweiten Ebene zugeordnet, basierend auf Stichworten, Normen,
regionalen Zuordnungen (Bundesländer, Staaten). Diese Zuordnungs-
prozedur spielt indes für den ZID keine Rolle, weil hier die Fundstellen
nur nach Zeitschriften pauschal nachgewiesen werden.

Die detailgenaue Zuordnung einzelner Nachweise bleibt jedoch dem
Kuselit-Profilendienst vorbehalten.

Der Abdruck dieser zweiten Zuordnungsebene wäre auch wenig rat-
sam, handelt es sich doch um ca. 20.000 jur. und allgemeine Termini,
die im Laufe der Jahre zusammengestellt wurden.

Die Konkordanzliste ist ein weiterer kleiner Beitrag zur Bewältigung
der großen Informationsfülle, die Sie und uns täglich erreicht.
Auch hier sind wir für Verbesserungsvorschläge empfänglich.

Ihr Kuselit-Team

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

2. Recht: Allgemein

3. Staats- und Verfassungsrecht

4. Gesetze und Verordnungen

5. Landesrecht | Kommunalrecht

6. Verwaltungsrecht

7. Glaube | Religion | Kirche

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

9. Privatrecht

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

11. Verkehr | Transport | Reise

12. Strafrecht und Nebengebiete

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

14. Sozialrecht

15. Wirtschaftsrecht

16. Wettbewerb | Kartellrecht

17. Gewerblicher Rechtsschutz

18. Steuerrecht

19. Umwelt | Agrar | Energie

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

24. Asylrecht | Ausländerrecht

25. Europa | Europarecht

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

28. Wirtschaftswissenschaften

29. Sonstiges

IMPRESSUM | ANHANG

Anwaltssekretariat

Telefonischer Sekretariatservice für Anwälte & Notare

Anwaltsorientiertes Denken

Anwälte wissen am besten was Anwälte zum Arbeiten brauchen. Deshalb werden alle Produkt- und Anwendungsentwicklungen von einem erfahrenen Anwalt mitgestaltet und begleitet. Auch sonst schätzen wir kompetentes und vertrauenswürdiges Personal.

Hinterlassen Sie einen guten Eindruck. Professionelles und seriöses Auftreten ist oft der Anfang einer Geschäftsbeziehung. Mit uns als Vorzimmer wird dieser Eindruck bei potenziellen Mandanten von Anfang an gewahrt. So geht Ihnen zukünftig wohl kein Anrufer mehr durch einen unpersönlichen Anrufbeantworter verloren.

Service zu Ihrer Zufriedenheit.

Neben dem regulären Sekretariatsdienst bieten wir Ihnen eine Vielzahl praktischer Dienstleistungen, die Sie schon bald nicht mehr missen möchten. Sie erhalten eine persönliche Telefon- und Faxnummer, einen E-Mail-Account im Internet und zu allen Fragen zu Anwaltssekretariat und dem Serviceangebot einen Rund-um-die-Uhr-Support.

Schnelle Einrichtung ohne langfristige Bindung

Wir sind sofort für Sie da: In nur zehn Minuten ist Ihr Anwaltssekretariat einsatzbereit. Ohne Mindestlaufzeit oder langfristige Vertragsbindung. Wir sind davon überzeugt, dass Sie unseren Service zu schätzen wissen werden, wenn Sie sich einmal selbst von den Vorteilen überzeugt haben.

Unkomplizierte Nutzung

Leichte Integration in den komplexen Arbeitsalltag.

Unser Service ist denkbar einfach im Umgang: Informieren Sie uns – wie eine Sekretärin vor Ort – jederzeit telefonisch oder per E-Mail über Ihre Erreichbarkeit,

z. B. wenn Sie kurzfristig ins Meeting müssen oder eine Zeit lang nicht gestört werden wollen.

Behalten Sie die Übersicht.

Unter Anwaltssekretariat.de können Sie all Ihre Anrufe der letzten drei Monate nachvollziehen und archivieren. Wenn Sie möchten ebenso alle Ihre E-Mails und Faxe. So haben Sie die Möglichkeit jederzeit mal kurz in Ihrem Büro vorbeizuschauen und entsprechend zu reagieren.

Hohe Sicherheit

Verschwiegenheit für Ihre Mandanten. Jeder Anwalt unterliegt der Schweigepflicht. Daher garantieren wir größtmögliche Sorgfalt beim Umgang mit Ihren Daten. Um dies gewährleisten zu können unterschreiben alle unsere Mitarbeiter eine anwaltsspezifische Verschwiegenheitserklärung. Außerdem legen wir großen Wert auf Anonymität und erlauben keine Besucher in unseren Firmenräumen.

Immer besetzt ist nur unser Büro.

Ihre Kundendaten werden bei uns auf extra gesicherten, lokalen Servern gespeichert auf die nur ein kleiner Personenkreis zur Wartung Zugriff hat. Ein tägliches Daten-Backup gehört selbstverständlich zur Sicherheitsroutine. Darüber hinaus ist unser Büro alarmgesichert, elektronisch zugangsbeschränkt und rund um die Uhr besetzt.

Datensicherheit bedeutet auch Datenschutz. Wir speichern Ihre Daten nur, soweit es für die bestmögliche Erbringung unserer Dienstleistung notwendig ist. Die Verwendung Ihrer Daten für Werbung oder die Weitergabe an Dritte ist selbstverständlich ausgeschlossen.

Unsere IT-Sicherheitskriterien im Überblick:

- mehrstufige Firewalls bei allen IT-Systemen
- ständiger Backup aller Daten
- Wartung aller Server nur durch eine kleine Gruppe eigener Techniker
- Backup-Datenbanken für die Absicherung Ihrer Kommunikation

Weitere Sicherheitskriterien vor Ort

- 24h an 365 Tagen im Jahr besetztes und gesichertes Büro
- strenge Verschwiegenheitserklärung aller Mitarbeiter
- Chipkartenkontrollen an allen Eingängen
- unsere Büros sind nur akkreditierten Mitarbeitern zugänglich
- Schulungen durch unseren Anwalt

www.anwaltssekretariat.de

Helmut Weingärtner

Dienstordnung für Notarinnen und Notare

Mit kostenrechtlichem Leitfaden

Köln 2010

ca. 650 S., EUR 119.00

Erscheinungstermin: Oktober 2010

ISBN 978-3-452-27367-3

www.heymanns.com

Ingeborg Asperger | Heinrich Hellstab
Michael Richter

RVG effizient I

Praxishandbuch für Rechtsfachwirte

Münster 2010

ca. 800 S., ca. EUR 48.00

Erscheinungstermin: August 2010

ISBN 978-3-89655-506-9

www.zap-verlag.de

Ingeborg Asperger | Heinrich Hellstab
Michael Richter

RVG effizient II

Übungen für Rechtsfachwirte

Münster 2010

ca. 250 S., ca. EUR 34.00

Erscheinungstermin: September 2010

ISBN 978-3-89655-505-2

www.zap-verlag.de

2. Recht Allgemein

Ralph Christensen / Bodo Pieroth (Hrsg.)

Rechtstheorie in rechtspraktischer Absicht

Freundesgabe zum 70. Geburtstag
von Friedrich Müller

(SR: Schriften zur
Rechtstheorie, Band 235)

Duncker & Humblot Vlg.

Berlin 2008



ISBN 978-3-428-12590-6

Hauke **Brunkhorst**

Die globale Rechtsrevolution. Von der
Evolution der Verfassungsrevolution zur
Revolution der Verfassungsevolution?

Dietrich **Busse**

Semantische Rahmenanalyse als Methode
der Juristischen Semantik. Das verste-
hensrelevante Wissen als Gegenstand
semantischer Analyse

Ralph **Christensen** | Hans **Kudlich**

Das Problem der Rechtsquelle medien-
theoretisch präzisiert

Ekkehard **Felder**

Rechtsfindung im Spannungsverhältnis
von sprachlicher Vagheit und Präzision.
Der Sprachhandlungsansatz der juris-
tischen Textarbeit

Helmut **Goerlich**

Soziale Integration als Aufgabe des
Rechts – am Beispiel der Rechtsprechung
auf dem Weg zu einem Religionsrecht in
gleicher öffentlicher Freiheit

Walter **Grasnick**

Paradoxien im Weltbildhaus

Olivier **Jouanjan**

Georg Jellinek als Philosoph

Volker **Neumann**

Demokratieprinzip und funktionale
Selbstverwaltung

Bodo **Pieroth**

Diskurstheorie und juristische Methodik.
Jürgen Habermas' Beitrag zum Verfas-
sungsrecht

Lourens M. du **Plessis**

The South African Constitution as Monu-
ment and Memorial, and the Commemo-
ration of the Dead

Frank **Rottmann**

Bemerkungen zu den neuen Methoden
der Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft

Fazil **Sagulam**

Der Einfluss der Lehre von Friedrich
Müller auf das türkische Verfassungsrecht

Thomas-Michael **Seibert**

Über Begründungen entscheiden

Johann Peter **Vogel**

Neue Steuerungsinstrumente der Schul-
aufsicht und ihre Anwendung auf Ersatz-
schulen

Rainer **Wimmer**

Einstellungen zu Normen aus sprachlicher
Sicht

Lebenslauf von Friedrich Müller

Veröffentlichungen zur Rechtswissen-
schaft von Friedrich Müller (Stand: März
2007)

[Eine Rezension folgt im ZID 24](#)

Hrsg. Karl Riesenhuber

Europäische Methodenlehre

Handbuch für Ausbildung und Praxis
2. Auflage, Berlin 2010

600 S., 49.95 €

Erscheinungstermin: 21.05.2010

ISBN 978-3-89949-634-5

www.degruyter.de

Neuer Fachkatalog
"Rechtswissenschaft"
liegt vor

Der LIT Verlag stellt seinen druckfrischen
Fachkatalog "Rechtswissenschaft" vor.
Damit präsentiert der Verlag sein rechts-
wissenschaftliches Fachprogramm. Es
beinhaltet die Schwerpunkte des Straf-
rechts und der Kriminologie ebenso wie
die Rechtsgeschichte und die Rechtsphilo-
sophie. Aber auch Wirtschafts- und Han-
delsrecht, Internationales und Völkerrecht
sowie Öffentliches Recht und angrenzen-
de Disziplinen der Jurisprudenz finden
ihren Platz. Das Programm ist umfassend
und interdisziplinär angelegt. Den Katalog
finden Sie auf der Homepage des LIT
Verlag als Download. Selbstverständlich
senden wir Ihnen auf Wunsch gerne auch
ein Exemplar zu, eine kurze E-Mail genügt.
Sollten Sie eventuell als Autor oder
Herausgeber zur Erweiterung des Pro-
grammes beitragen wollen, wenden Sie
sich bitte direkt an den Fachlektor Herrn
Guido Bellmann.

www.lit-verlag.de

ÖSTERREICH

Karin Schwarz

Mediation - Collaborative Law - Collaborative Practice

Bei Trennungs- und Scheidungskonflikten

(Schriftenreihe der Johannes-Kepler-
Universität Linz, Bd. 43)
Linz 2010

146 S., 18.50 €

ISBN 978-3-85499-728-3

www.trauner.at

3. Staats- und Verfassungsrecht

Jörg Menzel

Internationales Öffentliches Recht Verfassungs- und Verwaltungsgrenzrecht in Zeiten offener Staatlichkeit

Tübingen 2010
1000 Seiten, 140.- €
ISBN: 978-3-16-149558-8

Jedes Rechtsgebiet hat sein Grenzrecht. Ein Internationales Öffentliches Recht (mit den Teilgebieten Internationales Verfassungsrecht und Internationales Verwaltungsrecht) ist genauso erforderlich wie ein Internationales Privatrecht oder ein Internationales Strafrecht. Deutsches Öffentliches Recht muss die Frage seines Wirkungskreises definieren und es muss klären, in welchem Umfang ausländisches öffentliches Recht im eigenen Wirkbereich zugelassen wird.

Jörg Menzel erarbeitet die Grundlagen und Themen eines Internationalen Öffentlichen Rechts und liefert damit die erste Gesamtdarstellung auf diesem Gebiet. Er widmet sich nach ausführlicher Grundlegung den überstaatlichen (völker- und europarechtlichen) Vorgaben und sodann im Einzelnen dem deutschen Internationalen Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Hierbei verfolgt er einen Ansatz, der auf dem Prinzip des offenen Staates und der daraus resultierenden grundsätzlich positiven Grundeinstellung der Rechtsordnungen zueinander beruht, die auch das öffentliche Recht nicht ausspart. Der Autor zeigt auf, dass Internationales Privatrecht und Internationales Öffentliches Recht weniger gegensätzlich sind als häufig kolportiert, weil die ihnen zugrunde liegenden Grundgedanken nicht verschieden sind. Er geht den Strukturen eines Internationalen Öffentlichen Rechts ebenso nach wie vielfältigen Details und weist nach, dass es im Öffentlichen Recht Prinzipien zu diskutieren gibt - auch wenn dort die Strukturen zum Teil anders sind als im IPR.

www.mohr.de

Rainer Grote

Der Verfassungsorganstreit Entwicklung, Grundlagen, Erscheinungsformen

Tübingen 2010
ca. 490 Seiten, 95.- €
ISBN 978-3-16-148359-2

Rainer Grote zeichnet zunächst die Entwicklung und Funktion der im staatsrechtlichen Positivismus und in Auseinandersetzung mit ihm vertretenen Organlehren für die Interpretation staatsorganisatorischer Grundstrukturen nach. Anschließend erstellt er eine umfassende Bestandsaufnahme der Hauptanwendungsgebiete verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Organstreitverfahren im geltenden Recht unter Einbeziehung rechtsvergleichender und europarechtlicher Aspekte. Auf dieser Grundlage wird im dritten Teil der Versuch einer Klärung von Inhalt, Funktion und Durchsetzungsmodalitäten subjektiver innerorganisatorischer Rechtspositionen unternommen. Der Autor untersucht, ob und in welchem Umfang konkrete innerorganisatorische Berechtigungen sich materialen Organisationsprinzipien wie dem Demokratie- und dem Gewaltenteilungsprinzip zuordnen lassen, die über ihre kompetenzielle Ausformung im Staats- und Verwaltungsorganisationsrecht den zuständigen Verfassungs- und (Selbst-) Verwaltungsorganen ein jeweils abgestuftes Maß an politischer oder zumindest funktionaler Autonomie vermitteln und damit als regulative Prinzipien der intra- und zwischenorganisch ablaufenden Kommunikationskreisläufe fungieren. Er zeigt auf, welche Folgerungen sich daraus für eine Weiterentwicklung der prozessualen Grundlagen des Organstreits ergeben.

www.mohr.de

ÖSTERREICH

Manfred Prisching | Werner Lenz
Werner Hauser

Forschungsförderung in Österreich und der EU

(Schrifttum zum Bildungsrecht und zur
Bildungspolitik, Bd. 13)
Wien 2009

194 S., 44.- €
ISBN 978-3-7046-5278-2

www.verlagoesterreich.at

Alexander Tacer

Die territoriale Struktur Spaniens

Der Weg zum asymmetrischen
Föderalismus

(Schriften der Deutsch-Spanischen
Juristenvereinigung, Bd. 34)
Frankfurt am Main 2010

433 S., 77,80 €
ISBN 978-3-631-59882-5

www.peterlang.de

Hartmut Brenneisen | Dirk Staack
Susanne Kischewski (Hrsg.)

60 Jahre Grundgesetz

(Polizei und Sicherheitsmanagement
Bd. 6)
Münster 2010

ca. 568 S., 54,90 €
ISBN 978-3-643-10636-0

www.lit-verlag.de



Ewald Grothe
Zwischen Norm und Symbol
Tradition und Innovation
in der deutschen
Verfassungsgeschichtsschreibung
nach 1945,
in: ZNR 1/2010, 19-36

4. Gesetze und Verordnungen

Polnische Wirtschaftsgesetze

POLEN

8. Auflage München 2010
696 S., 78,- €
ISBN 978-3-406-59825-8

= Polskie ustawy gospodarcze
Aktuelle Gesetzestexte in deutscher
Übersetzung
= Teksty jednolite w tłumaczeniu
niemieckim
Zivilgesetzbuch, Gesetz über die Han-
delsgesellschaften, Arbeitsgesetzbuch und
andere Texte in deutscher Übersetzung
= Kodeks cywilny • Prawo spółek

Diese handliche Sammlung enthält in
zuverlässiger deutscher Übersetzung alle
wichtigen Gesetzestexte zum polnischen
Zivil-, Handels- und Gesellschaftsrecht,
deren Kenntnis für den Rechts- und Ge-
schäftsverkehr besonders hilfreich ist.

- Zivilgesetzbuch
- Neu: Arbeitsgesetzbuch
- Gesetz über Grundbücher und Hypothek
- Gesetz über den Verbrauchsgüterkauf
- Gesetzbuch über die Handelsgesellschaften
- Gesetz über das Landes-Gerichtsregister
- Gesetz über die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit
- Gesetz über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs

In der aktuellen Neuauflage wird das
praxisrelevante Arbeitsgesetzbuch erstmalig
berücksichtigt. Darüber hinaus enthält
diese Auflage eine Vielzahl wichtiger
Gesetzesänderungen, u.a. im Zivilgesetz-
buch, Gesetzbuch über die Handelsgesellschaften,
Gesetz über das Landes-Gerichtsregister sowie im Gesetz über
die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit. In das
HGG wurden neue Vorschriften über die
grenzüberschreitende Verschmelzung
von Gesellschaften eingefügt. Das ZGB
wurde um neue Regelungen bei Pacht-
und Versicherungsverträgen ergänzt.
Rechtsstand der Auflage ist 31. Juli 2009.
Für investierende Unternehmen und
deren Berater, Rechtsanwälte und Notare

sowie für alle Gewerbetreibenden und
Wirtschaftsverbände im Rechts- und Ge-
schäftsverkehr mit Polen.

Rezension im ZID in Vorbereitung
www.beck-shop.de

Daniel R. Gyga (Hrsg.)

SCHWEIZ

Die Steuergesetze des Bundes

OECD-Musterabkommen

10. Aufl. 2010, Zürich 2010

ca. 880 S.
ISBN 978-3-905901-43-6

www.steuergesetze.ch

Christian F. Fonk



Die konditionale Rechtsetzung
in der Tradition Otto Mayers
ein antiquiertes Normstruktur- und
Gesetzgebungsmodell?
in: DVBl. 10/2010, 626-633

DSU-Praktikertexte

Steuergesetze 2010

mit allen aktuellen Änderungen
einschließlich

Wachstumsförderungsgesetz
und Stichwortverzeichnis

Stuttgart 2010
ca. 1056 S., 8.50 €
ISBN 978-3-415-04378-7

www.boorberg.de

Die neuen aushangpflichtigen Gesetze

Aktualisierte und erweiterte Ausgabe

Merching 2010

ISBN 978-3-86586-227-3

ÖSTERREICH

Eva E. Szymanski | Alexandra Marx
Andrea Thomann (Hrsg.)

Aushangpflichtige Gesetze

12. Aufl., Wien 2010
546 S., 28.50 €
ISBN 978-3-7046-5487-8

www.verlagoesterreich.at

SCHWEIZ

Daniel R. Gyga | Daniel R. Gyga (Hrsg.)

Schweizer Steuergesetze 2010

Die Steuergesetze des Bundes und des
Kantons Zürich mit über 100 Verwaltungs-
verordnungen und Querverweisen
Stäfa 2010
1780 S., sfr 109.-
ISBN 978-3-905901-48-1

www.steuergesetze.ch

Stephan Hensel | Kilian Bizer
Martin Führ | Joachim Lange (Hrsg.)

Gesetzesfolgenabschätzung in der Anwendung

Perspektiven und Entwicklungstendenzen

Baden-Baden 2010
341 S., EUR 59.00
ISBN 978-3-8329-4486-5

www.nomos.de

GmbH /HGB – Paket

Baden-Baden 2010
EUR 148.00

Erscheinungstermin: August 2010
ISBN 978-3-8329-5638-7

www.nomos.de

5. Landesrecht | Kommunalrecht

Erwin Birkner | Helmut Rott
Thomas Stengel

Verwaltungskostenrecht für Staats- und Gemeindebehörden in Bayern

Vorschriftensammlung mit Gebührentabellen, Loseblatt-Kommentar in zwei Ordnern

München 2010
1772 S., 139.95 €
ISBN 978-3-8073-0294-2

Schwerpunkte des Werkes bilden das Kostengesetz mit ausführlicher Kommentierung und zugehörigen Vollzugsvorschriften, das staatliche und das kommunale Kostenverzeichnis, Vorschriften über die Kostenverwaltung sowie eine alphabetische Gebührentabelle. Damit gibt das Werk zuverlässig Auskunft sowohl über die materiellen Voraussetzungen zur Kostenerhebung als auch über die Kostenverwaltung. Die Kommentierungen zum Kostengesetz sind mit Hinblick auf den Verwaltungsalltag anschaulich formuliert, so knapp wie möglich, dabei aber so ausführlich wie nötig gehalten und helfen weiter, wenn - wie so oft - der Wortlaut einer Norm für sich gesehen nicht die gewünschte Information bietet. Die Gebührentabelle erfüllt eine Doppelfunktion: Sie bezeichnet die für einzelne Verwaltungstätigkeiten anfallenden Gebühren und dient außerdem als äußerst detailliertes Stichwortverzeichnis für das gesamte Werk. Das Kostenrecht reicht in alle Gebiete der Verwaltung. Entsprechend groß ist der Kreis der Nutzer: Alle, die bei Staat und Kommunen mit der Kostenerhebung und Kostenverwaltung zu tun haben, aber auch die auf der Schuldnerseite Betroffenen.

www.huethig-jehle-rehm.de

Herbert Grziwotz | Roland Rudolf Saller

Bayerisches Nachbarrecht

2. Aufl. München 2010
200 S., 20.- €

ISBN 978-3-406-60340-2

Die Autoren, die auch das auf den bundesweiten Gebrauch zugeschnittene Praxishandbuch Nachbarrecht von Grziwotz/Saller/Lüke (mit-) verfasst haben, erläutern hier das im Freistaat Bayern geltenden Landesrecht und alle seine Besonderheiten. Dabei werden die im bayerischen Landesrecht geregelten Materien des privaten wie des öffentlichen Nachbarrechts im Einzelnen erörtert. So findet der Leser im materiell-rechtlichen Teil u.a. Ausführungen zum Fenster- und Lichtrecht, zur Kommunnmauer, zum Grenzabstand von baulichen Anlagen ebenso wie von Pflanzen; ferner zu Immissionen durch Verkehrsunternehmungen und Gaststätten sowie zu verhaltensbedingten Immissionen nach dem BayImSchG; schließlich zum Betreten von Nachbargrundstücken sowie zu altrechtlichen Dienstbarkeiten. Im verfahrensrechtlichen Teil ist das Bayerische Schlichtungsgesetz ebenso behandelt wie die Nachbarbeteiligung im Baugenehmigungsverfahren. In einem Anhang sind die wichtigsten gesetzlichen Vorschriften im Wortlaut wiedergegeben.

Vorteile auf einen Blick

- * neues Wasserrecht bereits eingearbeitet
- * mit Grafiken und Übersichten

Die Neuauflage berücksichtigt die durch die neue Bayerische Bauordnung eingetretenen Änderungen im Abstandsflächenrecht und bei der Nachbarbeteiligung. Darüber hinaus ist bereits das zum 01.03.2010 in Kraft getretene neue Wasserrecht (BayWG und WHG) eingearbeitet. Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende Januar 2010 berücksichtigt.

www.beck-shop.de

Friedrich W. Warnecke

Nachbarrechtsfibel für Niedersachsen

13. Auflage, Stuttgart 2010
ca. 200 S., ca. €22.00

Erscheinungstermin: Juni 2010
ISBN 978-3-555-01484-5

Das Werk bietet eine allgemein verständliche und zugleich umfassende Darstellung des Rechts der nachbarrechtlichen Beziehungen in Niedersachsen. Die Nachbarrechtsfibel stellt daher eine wertvolle Hilfe zur Vermeidung bzw. bei der Lösung von Nachbarschaftsproblemen dar. Die nunmehr 13. Auflage des Leitfadens zum Nachbarrecht in Niedersachsen berücksichtigt sowohl die aktuelle Gesetzgebung als auch die neueste Rechtsprechung.

www.kohlhammer.de

Dominik Kupfer (Hrsg.)

Landesbauordnung für Baden-Württemberg

mit :

- * Allgemeiner Ausführungsverordnung
- * Feuerungsverordnung
- * Verfahrensverordnung
- * Verwaltungsvorschrift Stellplätze
- * Garagenverordnung
- * Elektrische Betriebsräume-Verordnung
- * Versammlungsstättenverordnung
- * Verkaufsstättenverordnung
- * Nachbarrechtsgesetz

2. Aufl., München 2010

ca. 200 S., ca. EUR 15.00
Erscheinungstermin: Mai 2010
ISBN 978-3-406-60639-7

www.beck-shop.de

6. Verwaltungsrecht

ARS - Akademie für Recht, Steuern
und Wirtschaft

Angebotsmängel nach dem BVergG

29.06.2010 und 22.11.2010, Wien

www.ars.at

Technische Akademie Wuppertal

Öffentliche Vergabe und Vertragsgestaltung von IT-Leistungen

29.06.2010, Wuppertal

www.taw.de

vhw - Bundesverband für
Wohnungseigentum und Stadtentwicklung

4. Vergaberechtforum Süd des vhw

05.-06.07.2010, Lindau

www.vhw.de

Ulrich Karpen | Volker Haug (Hrsg.)



Das Hochschulrecht
in Baden-Württemberg
Eine systematische Darstellung

2. Aufl., Heidelberg 2009,
ISBN: 978-3-8114-7717-9
in: DVBl. 11/2010, 704-705

Thomas Simon



Aktuelle Forschungsfelder in der
Verwaltungsrechtsgeschichte
im Spiegel der ZNR

Gesetzgebungstätigkeit (Intensivierung)
Entstehung einer verwaltungsrechtlichen
Dogmatik – Justiziabilisierung des
Verwaltungshandelns – Verwaltungsrecht
als eigenständiges juristisches Fach
in: ZNR 1/2010, 37-51

Thomas Böhm (Hrsg.)

Aufsicht und Haftung (in der Schule) CD-ROM

Erscheinen: unbestimmt

ISBN 978-3-472-06680-4

Der Unfall beim Spielen auf dem Schulhof, nächtliche Abenteuer auf der Klassenfahrt oder das Verweisen eines Schülers aus dem Klassenraum: Stets stellt sich die Frage nach einer möglichen Verletzung der Aufsichtspflicht und einer eventuellen Haftung. Das Trainingsprogramm schafft Ihnen Handlungs- und Rechtssicherheit.

Zielgruppe: Schulleitungen, pädagogische Führungskräfte, Mitglieder von Steuerungsgruppen sowie Lehrerinnen und Lehrer

Inhalt

1. Grundlagen der Aufsichtspflicht
2. Haftung bei Verletzung der Aufsichtspflicht 1
3. Haftung bei Verletzung der Aufsichtspflicht 2
4. Aufsichtspflicht und schulische Handlungsfelder
5. Unfallversicherungsschutz der Schülerinnen und Schüler

Lernen Sie nach unserer bewährten und erprobten Methode:

- * von typischen Handlungssituationen und Fallbeispielen aus der schulischen Praxis ausgehend,
- * abwechslungsreich und interaktiv, wobei Sie konkrete Entscheidungen in einer Handlungssituation treffen und das System Ihnen entsprechende Rückmeldungen und Informationen liefert,
- * mit vielen zusätzlichen Informationen, die in knapper Form die wesentlichen Aspekte bringen,
- * mit zahlreichen Materialien z.B. Arbeitsmaterialien für Ihre konkrete berufliche Praxis, Checklisten, Gesetzestexten, Fachaufsätzen etc.
- * wann und wo immer Sie wollen.

Systemvoraussetzungen:

mind. Pentium II, mind. 256 MB RAM
Arbeitsspeicher, mind. 1 GB Festplatte,
Soundkarte, Bildschirmeinstellung: 1024
x 768 Pixel, PDF-Reader und Office-Paket
(Word, Excel, PowerPoint), Browser: Inter-
net Explorer ab Version 5.5 oder Firefox
1.0. Umfang: ca. 5 Lernstunden

Preis: Einzellizenz 159 €Schullizenz auf
Anfrage

www.carllink.de

Hrsg. Erich Künzler | Hrsg. Birgit Munz
Jürgen Meng | Silke Kühlbörn

Jahrbücher des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts

Stuttgart 2010
ca. 356 S., €152.00

Erscheinungstermin: 16.08.2010
ISBN 978-3-415-04493-7

Entscheidungssammlung des Sächsischen
Oberverwaltungsgerichts und des
Verfassungsgerichtshofes des Freistaates
Sachsen.

Hrsg. Von Erich Künzler, Präsident des
Sächs. Oberverwaltungsgerichts, und
Birgit Munz, Präsidentin des Verfassungs-
gerichtshofes des Freistaates Sachsen,
bearbeitet von Jürgen Meng, Richter am
Sächs. Oberverwaltungsgericht, und Silke
Kühlbörn, Referentin des Verfassungs-
gerichtshofes des Freistaates Sachsen.

www.boorberg.de

Leif Rauer

Rechtliche Maßnahmen gegen rechtsextremistische Versammlungen

Frankfurt am Main 2010
210 S., EUR 44.80
ISBN 978-3-631-60132-7

www.peterlang.de

7. Glaube | Religion | Kirche

Inge Kroppenbergs | Martin Löhnig
Dieter Schwab (Hrsg.)

Recht – Religion – Verfassung

Festschrift für Hans-Jürgen Becker zum
70. Geburtstag

Verlag
Gieseking (Bielefeld)
Festschriften 2009
296 S., 108,- €



ISBN 978-3-7694-1059-4

Dieter **Schwab**
Hans-Jürgen Becker zur Emeritierung

Wilhelm **Brauneder**
Kirchenstaatspläne 1916/1918: Tirol statt
Liechtenstein?

Gerhard **Dilcher**
Säkularisierung von Herrschaft durch
Sakralisierung der Gerechtigkeit? Über-
legungen zur Gerechtigkeitskonzeption
bei Kaiser Friedrich 11. und Ambrogio
Lorenzetti

Barbara **Dölemeyer**
Glaube und Recht. Zur Ikonographie der
Aufnahme von Glaubensmigranten

Hans **Hattenhauer**
Bischöfsstadt - Kaiserstadt - Bürgerstadt
Speyer. Das Privilegium Heinricianum
vom 14. August 1111

Inge **Kroppenberg**
Recht, Religion und Verfassung bei den
Vestalischen Jungfrauen

Peter **Landau**
Kanonisches Strafrecht heute

Gerhard **Lingelbach**
Christian Wilhelm Schweitzer und die
Verfassung Sachsen-Weimar-Eisenachs
von 1816

Martin **Löhnig**
"Mischehen" im nationalsozialistischen
Regensburg

Karel **Maly**
Der Umwandlungsprozess der rechtlichen
Stellung der böhmischen Stände nach
dem Jahre 1620

Jens Peter **Meincke**
Zur Freilassung nach dem Recht der
Institutionen Iustinians

Jörg **Oberste**
Donaten im mittelalterlichen Toulouse –
eine neue städtische Lebensform des 12.
Jahrhunderts

Wolfgang **Rüfner**
Juristische Personen im katholischen
Kirchenrecht und im deutschen weltlichen
Recht

Rudolf **Schieffer**
Gregor VII. und die Absetzung König
Heinrichs IV.

Friedrich-Christian **Schroeder**
Ein Pokal aus Elfenbein

Dieter **Schwab**
Eigentum und Herrschaft – Alte und
neue politische Sprache im Streit um die
Säkularisation

Wolfgang **Sellert**
Zur Parteilichkeit und religionsparitäti-
schen Besetzung des Reichshofrats

Udo **Steiner**
Staat und Religion in der neueren
Rechtsprechung des Bundesverfassungs-
gerichts

Hans-Wolfgang **Strätz**
Ein Friedensvertrag mit Kriegsvorbehalt
– zum eidgenössischen Landfrieden von
1712

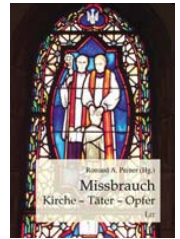
Elmar **Wadle**
Würzburger Privilegien für Drucke des
Georg Reyser

www.gieseking-verlag.de

Rotraud A. Perner (Hg.)

Missbrauch: Kirche – Täter – Opfer

Reihe: LIT aktuell
Bd. 1
2010
248 S.
19,90 €



ISBN 978-3-643-50163-9

Das Aufdecken von sexuellen Misshand-
lungen in kirchlichen Einrichtungen in den
letzten Jahren hat die Öffentlichkeit und
die Kirchen verschreckt. Sind das Einzel-
fälle oder ist das dem System der Kirchen
immanent? Sind diese sexuellen Misshand-
lungen von Schutzbefohlenen durch
geeignete Maßnahmen verhinderbar?

www.lit-verlag.de



Kirchliche Einrichtungen ohne
kirchliches Arbeitsrecht möglich

in: SOZIALWirtschaft aktuell 10/2010, 6

Adolf Thiel

Kleines Kompendium zum kirchlichen Arbeitsrecht

Münster 2010
200 S., ca. 14,00 €
ISBN 978-3-472-07461-8

Kleine Sammlung wichtiger Vorschrif-
ten zum kirchlichen Arbeitsrecht in der
katholischen Kirche in Deutschland mit
einer systematischen Einführung.

www.wolterskluwer.de

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

Matthias Jahn | Armin Nack

Strafprozessrechtspraxis und Rechtswissenschaft – getrennte Welten?

Referate und Diskussionen auf dem
1. Karlsruher Strafrechtsdialog 2007

Heymanns Verlag
2008
69,- €



ISBN 978-3-452-26855-6

Leben Strafrechtswissenschaft und Straf-
rechtspraxis mit Scheuklappen nebenei-
nander her? Leben sie gar in getrennten
Welten? Wie sieht es um das Verständnis
für die unterschiedlichen Perspektiven der
jeweils anderen Seite aus?

Auf dem ersten Karlsruher Strafrechtsdia-
log stießen beide Welten jüngst aufeinan-
der. Bedeutende Vertreter aus Strafrechts-
wissenschaft und der Strafrechtspraxis
trafen sich zum Erfahrungsaustausch.
Ausgehend von Vorträgen hochrangiger
Referenten diskutierten sie gemeinsam
brennende Fragen des Strafprozessrechts
und beleuchteten aus ihrer jeweiligen
Perspektive Probleme wie den „Revisions-
gerichtlichen und verfassungsgerichtlichen
Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren“,
das „Beschleunigungsgebot in der Haupt-
verhandlung angesichts knapper Justizres-
ourcen“ sowie „Verfassungsrechtliche
Vorgaben für das Revisionsverfahren“. Der
vorliegende Tagungsband fasst alle
Rede und Diskussionsbeiträge zusammen.

Die Herausgeber:

Professor Dr. Matthias Jahn ist Inhaber
des Lehrstuhls für Strafrecht und Strafpro-
zessrecht an der Friedrich-Alexander-Uni-
versität Erlangen/Nürnberg und Richter
am Oberlandesgericht Nürnberg.
Armin Nack ist Vorsitzender Richter am
Bundesgerichtshof.

www.heymanns.com

Christina Zantis

Das Richterspruchprivileg in nationaler und gemeinschafts- rechtlicher Hinsicht

(Europäische Hochschulschriften -
Reihe II, Bd. 4960)
Frankfurt am Main 2010

243 S., 47.80 €
ISBN 978-3-631-59645-6

Die Arbeit behandelt die gegenläufige
Entwicklung des Richterspruchprivilegs
auf nationaler und gemeinschaftsrech-
tlicher Ebene. Das nationale Richters-
pruchprivileg wird durch die Rechtspre-
chung ständig erweitert. Demgegenüber
entnimmt der EuGH seit der Entscheidung
in der Rechtssache Köbler vom 30.
September 2003 dem Gemeinschafts-
recht einen Staatshaftungsanspruch auch
für richterliche Pflichtverletzungen, der
das Richterspruchprivileg einengt. Vor
diesem Hintergrund unterzieht die Arbeit
die Entwicklungen im nationalen und
im Gemeinschaftsrecht einer genauen
Untersuchung. Insbesondere werden die
Auswirkungen des gemeinschaftsrech-
tlichen Staatshaftungsanspruchs auf das
nationale Richterspruchprivileg untersucht
und Vorschläge zur Beseitigung von Wid-
ersprüchen aufgezeigt.

Aus dem Inhalt:

- * Staatshaftungsansprüche für richterliche
Ampflichtverletzungen nach natio-
nalem Recht
- * Gemeinschaftsrechtliche Staatshaftung
für judikatives Unrecht
- * Auswirkungen des gemeinschaftsrech-
tlichen Staatshaftungsanspruchs für
judikatives Unrecht auf das Richter-
spruchprivileg
- * Reformvorschläge

www.peterlang.de

Rolf Schmidt

Verwaltungsprozessrecht Zulässigkeit und Begründetheit verwaltungsrechtlicher Verfahren

13., Auflage, Bremen 2010
ca. 416 S., 21.50 €
ISBN 978-3-86651-075-3

www.verlag-rolf-schmidt.de

ÖSTERREICH

Matthias Neumayr

Zivilverfahrensrecht Zivilprozessrecht

Erkenntnisverfahren 1

5., Aufl., Wien 2010
ca. 100 S., 12.20
Erscheinungstermin: April 2010
ISBN 978-3-7007-4539-6

www.lexisnexis.at

SCHWEIZ

Karl Spühler

ZPO Schweizerische Zivilprozessordnung

Lugano-Übereinkommen (LugÜ)
II. Haager Übereinkommen
(HZÜ65, HBewÜ70)

Zürich 2010
276 S., 19.- €
ISBN 978-3-906709-72-7

www.liberalis.de

SCHWEIZ

Marcel Buttlinger

Prozessrecht

Basel 2010
ca. 330 S., 41.- €
ISBN 978-3-7190-2985-2

www.helbing-shop.ch

9. Privatrecht

Kurt Stöber

Forderungspfändung

15. Aufl., 2010
1279 S., 128.- €
ISBN 978-3-7694-1038-9



In Krisenzeiten gewinnt die Pfändung von Forderungen und anderen Vermögensrechten noch größere Bedeutung als sonst. Erfolgreich betreiben sie aber nur, wer das komplexe Rechtsgebiet wirklich kennt und auch die kompliziertesten Fragen schnell und sicher lösen kann.

Das Handbuch gibt in seinen 8 Kapiteln umfassende, rasche, zuverlässige und aktuelle Antworten auf alle dieses schwierige Gebiet betreffenden Fragen. Sein Konzept der Verknüpfung von Praxis und wissenschaftlicher Durchdringung einerseits und der erschöpfende Inhalt andererseits setzen auch jetzt wieder Maßstäbe!

Die Neuauflage – hinsichtlich Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum durchgängig auf dem Stand Ende November 2009 - hatte insbes. die weitreichende Neuregelung zum Kontopfändungsschutz und die Auswirkungen der Gesetze zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge bzw. zur Änderung des Unterhaltsrechts darzustellen und konnte auch noch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom 22.12.2009 berücksichtigen. Im Einzelnen geht es um folgende Themen:

- das Pfändungsschutzkonto für automatische Freibeträge bei Guthabepfändung
- Pfändungsschutz für Einkünfte aus selbständiger Erwerbstätigkeit und für sonstige Einkünfte
- Nebeneinander von neuem und herkömmlichem Kontopfändungsschutz in der Übergangszeit vom 1.7.2010 bis 31.12.2011
- Umfang der Pfändung des Guthabens eines Kontos (§ 833a I ZPO) zur einfachen und klaren Fassung des Pfändungsbeschlusses

- Aufhebung der Pfändung eines Kontos, das keine Befriedigung des Gläubigers verspricht (§ 883 a II ZPO)
- Pfändungsschutz bei Altersrenten (§§ 851c und d ZPO)
- Pfändungsfreigrenze bei Unterhaltsvollstreckung (§ 850d ZPO)
- Forderungsnachweis bei privilegierter Zwangsvollstreckung (§ 850f II ZPO)
- Auskunftspflicht und Rechnungslegungspflicht bei Pfändung
- Zwangsvollstreckung gegen Wohnungseigentümergeinschaften
- Pfändung der Milchquote und eines EG-Zahlungsanspruchs des Landwirts
- Kinderfreibetrag und Kindergeld in der ab 1.1.2010 geltenden Höhe

www.gieseking-verlag.de

Helmut Böhm

Bürgerliches Recht - Sachenrecht Besonderer Teil

6. Aufl., Wien 2010
112 S., 12.60 €
Erscheinungstermin: April 2010
ISBN 978-3-7007-4551-8

www.lexisnexus.de

Ernst J. Schneiter (Hrsg.)

ZGB OR Kaufmännische Studienausgabe

Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht,
SchKG, B V und weitere Erlasse

Zürich 2010
848 S., ca. 26.- €
ISBN 978-3-280-07254-7

www.books.ch

Peter Gottwald

Sachenrecht

(Prüfe dein Wissen, Bd. 4)
15. Aufl., München 2010
310 S., 20.- €
ISBN 978-3-406-60525-3

www.beck-shop.de

Rolf Knieper | Lado Chanturia
Hans J. Schramm

Das Privatrecht im Kaukasus und in Zentralasien

Bestandsaufnahme und Entwicklung

Berlin 2010
ca. 660 S., 75.- €
ISBN 978-3-8305-1744-3

www.bwv-verlag.de

Matthias Neumayr

Zivilverfahrensrecht - Zivilprozeßrecht

Erkenntnisverfahren 2

5., Aufl., Wien 2010
ca. 120 S., 14.10 €
ISBN 978-3-7007-4540-2

www.lexisnexus.at

Matthias Neumayr

Zivilverfahrensrecht - Zivilprozeßrecht

Erkenntnisverfahren 3

5., Aufl., Wien 2010
ca. 76 S., 10.70 €
ISBN 978-3-7007-4541-9

www.lexisnexus.at

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

Cathleen Severin

Die Rechtsstellung der Eltern und die Rechtslage verstorbener Kinder im Falle von Fehlgeburt und Schwangerschaftsabbruch

Hamburg 2010
370 S.
98.- €
(Medizinrecht in
Forschung und Praxis,
Bd. 23)



ISBN 978-3-8300-4943-2

Zum Inhalt:

Die Bestattungsrechtslage im Hinblick auf Fehlgeburten, Totgeburten und Leibesfrüchte aus Schwangerschaftsabbrüchen ist seit Ende der 1990er Jahre gesetzgeberischen Änderungen unterworfen. Teilweise anknüpfend an bereits vielerorts in Deutschland praktizierte gemeinschaftliche Bestattungen dieser Kinder statuierten viele Landesgesetzgeber weitergehende Rechte und Pflichten betroffener Eltern.

Die Verfasserin fasst zunächst die in Deutschland bestehende unübersichtliche Rechtslage mit Stand Februar 2009 zusammen und bringt diese in eine Übersicht. Angeknüpft wird dabei an die Einteilung von Embryonen und Föten nach Gewicht oder Schwangerschaftsalter. Die Untersuchung der Verfassungsmäßigkeit der einzelnen landesrechtlichen Vorschriften unter verschiedenen Gesichtspunkten schließt sich an. Im Fokus stehen insbesondere die zum Teil bei 500 Gramm, zum Teil bei 1.000 Gramm Geburtsgewicht angesiedelten Gewichtsgrenzen toter Leibesfrüchte und eine sich hieran orientierende Trennung in Bestattungszwang und Bestattungsrecht. Kritisch betrachtet werden auch die zum Teil in einigen Landesgesetzen noch vorgesehene "Beseitigung" dieser Leibesfrüchte, die Bestattungspflicht medizinischer Einrichtungen, die Behandlung abgetriebener Leibesfrüchte im Bestattungsrecht und die Verwendung toter Leibesfrüchte zu medizinischen, pharmazeutischen und /

oder wissenschaftlichen Zwecken. Im Rahmen der Rechtsstellung der Eltern setzt sich die Verfasserin insbesondere mit einer teilweise von den Gesetzgebern vorgesehenen Pflicht der medizinischen Einrichtung, Eltern über ihr Bestattungsrecht und einen unter Umständen bestehenden Bestattungszwang zu informieren, auseinander.

Das Buch enthält einen Anhang, der die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften auszugsweise wiedergibt. Die Verfasserin legte großen Wert auf einen nahen Praxisbezug. Es erfolgten Recherchen bei verschiedenen Vereinen der "Verwaisten Eltern" in Deutschland sowie der "Initiative Regenbogen", Seelsorgern, Hebammen und Trauerbegleitern.

Die Verfasserin referierte im November 2009 in München auf der Fachtagung "Wenn das Leben mit dem Tod beginnt" zum frühen Tod von Kindern in der Schwangerschaft, bei der Geburt und in der ersten Zeit nach der Geburt, initiiert vom Verein "Verwaiste Eltern München e.V."

Schlagworte

Fehlgeburt, Totgeburt, Schwangerschaftsabbruch, Bestattung, Bestattungsrecht, Bestattungspflicht, Sammelbestattung, Verwaiste Eltern, Initiative Regenbogen, Embryo, Fötus, Menschenwürde, Medizinrecht,

www.verlagdrkovac.de

Martin Löhnig

Erbrecht

2. Aufl. Köln 2010
ca. 200 S., ca. 18.90 €
Erscheinungstermin: April 2010
ISBN 978-3-452-27328-4

www.heymanns.com

Karl H. Gursky

Erbrecht

6. Auflage, Heidelberg 2010
ca. 160 S., ca. 17.- €
ISBN 978-3-8114-9648-4

Die neue Auflage bringt die ausbildungs- und prüfungsrelevanten Bereiche des Erbrechts auf den allerneuesten Stand. Unter bewusstem Verzicht auf eine lehrbuchartige Vertiefung werden dessen wesentliche Grundzüge übersichtlich behandelt. Auf grundlegende und weiterführende höchstrichterliche Rechtsprechung und Literatur wird vielfach hingewiesen. Ein ausführliches Paragraphenverzeichnis und ein Stichwortregister runden den Band ab. Der Stoff ist einprägsam aufbereitet und übersichtlich gegliedert. Die Grundstrukturen werden in ihren systematischen Zusammenhängen herausgearbeitet. So ermöglicht der Band dem Anfänger eine zügige Einarbeitung in die Materie.

www.hjr-verlag.de

Harald Oelkers

Sorge- und Umgangsrecht

3. Aufl., Bonn 2010
600 S., 79.- €
Erscheinungstermin: Mai 2010
ISBN 978-3-8240-0871-1

www.anwaltverlag.de

Friedrich Strohal

Unterhaltsrechtlich relevantes Einkommen bei Selbständigen

4. Aufl., München 2010
ca. 370 S., 29.- €
ISBN 978-3-406-59516-5

www.beck-shop.de

11. Verkehr | Transport | Reise

Roundtable

Future Energy Forum

Elektro-Mobilität – neue Geschäftsfelder,
neue Konzepte?

24. Juni in Hamburg

Energiegewinnung und -versorgung ist eines der großen Zukunftsthemen unserer Gesellschaft. Die Entwicklung entsprechender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist eine der maßgeblichen Aufgaben der Gegenwart. Die Sozietät Taylor Wessing veranstaltet in Kooperation mit dem Deutschen AnwaltSpiegel zu diesen Fragen eine Reihe von Roundtables in verschiedenen deutschen Städten. Vertreter von namhaften Unternehmen aus unterschiedlichen Bereichen der Energiewirtschaft konnten als Referenten für den Hamburger Roundtable gewonnen werden, so dass Praxiswissen aus erster Hand vermittelt wird und hochkarätige Diskussionspartner vor Ort sein werden.

Der Roundtable richtet sich an Unternehmensvertreter, die wir hiermit herzlich zu der Veranstaltung einladen.

Die Teilnahme ist kostenfrei.

Hintergrund:

Elektro-Mobilität - neue Geschäftsfelder für neue Konzepte der Mobilität? Die Zukunft stellt die Gesellschaft und mit ihr die Industrie ebenso wie die Finanz- und die Dienstleistungsbranche vor große Herausforderungen bei der Energiegewinnung und bei der Energieversorgung. Der weltweite Energiebedarf steigt und wird weiter steigen. Die Verfügbarkeit fossiler Energiequellen nimmt ab; Klima-Veränderungen bedingen die Notwendigkeit eines anderen Umgangs mit der Energiegewinnung, der Energieversorgung und dem Energieverbrauch. Die sich hieraus ergebenden Fragestellungen und Herausforderungen sind vielfältig und komplex. Die Gestaltung der Zukunft, insbesondere auch der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen muss sich aus der Beantwortung dieser Fragestellungen ergeben. Taylor Wessing möchte dazu beitragen

Wir wollen die Problemstellungen erkennen und analysieren und mit ausgewiesenen Experten und Ihnen über Entwicklungen und Lösungen diskutieren. Dies ist Anlass und Inhalt unserer Veranstaltungsreihe "The Taylor Wessing Future Energy Forum - Zukunftsfragen der Energie".

In der Veranstaltung "Elektro-Mobilität - neue Geschäftsfelder für neue Konzepte der Mobilität?" werden wir uns dem gerade aktuell wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit stehenden Elektroantrieb (oder anderem nicht-fossilen) Antrieb für Kraftfahrzeuge widmen. Die Bundesregierung strebt bis zum Jahr 2020 bereits 1 Million zugelassener Elektrofahrzeuge in Deutschland an, eine Nationale Plattform Elektromobilität soll nach Wegen hin zu einer sauberen Mobilität suchen. Die Hannover Messe 2010 hat die Elektromobilität zu einem Ausstellungsschwerpunkt gemacht. Stromversorgungsunternehmen befassen sich intensiv mit der Energieversorgung für Elektroautos und mit Konzepten für "Stromtankstellen". Intensiv diskutiert wird - auch in der Tagespresse - über die Serienreife von Fahrzeugen, über die Preise für diese Fahrzeuge, über Speicher (also Batterien und deren Leistungsfähigkeit) und darüber, wer die Speicher herstellen und liefern kann. Elektro-Mobilität in aller Munde. Aber verfügen heutige Städte über die Infrastrukturen, die nötig sind, um Elektromobilität im Wortsinn "auf die Straße" zu bringen? Wie sieht es außerhalb der großen Städte aus? Welche Verkehrskonzepte sind nötig und müssen vielleicht noch entwickelt werden? Und welche Energie soll "sauberen Strom" für "saubere Mobilität" liefern - können hier erneuerbare Energiequellen genutzt werden? Welche technischen Voraussetzungen müssen verbessert oder erst noch geschaffen werden? Wer schafft diese Voraussetzungen, wer finanziert sie und wie verteilen sich die wirtschaftlichen Risiken? Welche Chancen - auch für neue Geschäftsfelder - liegen in der Elektromobilität? Gibt es vielleicht neue Angebotsmöglichkeiten für Parkhaus- und Parkplatzbetreiber? Gibt es neue Vertriebswege z.B. für Solarenergie - z.B. durch Dachanlagen von Parkplatzflächen?

All diese Fragen und die (möglichen) Antworten darauf sind eng miteinander verwoben. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen diskutieren und herausfinden, wie Elektromobilität nicht nur einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltbilanz leisten kann, sondern inwieweit hier aufgrund des Innovations- und Finanzierungsbedarfs wirtschaftliche Chancen für alle Marktteilnehmer, insbesondere für Finanzierer, Investoren und Industrieunternehmen begründet sind.

Referenten:

Peter **Lindlahr** ist Geschäftsführer der hySolutions GmbH, Hamburg (www.hySolutions.de), die sich mit der Entwicklung von Nutzung und Kommerzialisierung der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie befasst - wie etwa in Form der in Hamburg eingesetzten Brennstoffzellen-Busse. Herr Lindlahr war zuvor Klimaschutzkoordinator der Stadt Hamburg und verantwortlich für Erarbeitung und Weiterentwicklung des Hamburger Klimaschutzkonzepts. Er ist ausgewiesener Experte für Fragen alternativer Antriebstechnologien und der Strukturvoraussetzungen für deren Einsatz.

Rainer **Bachmann** verantwortet bei der RWE Konzerngesellschaft RWE Effizienz GmbH den business-to-business Bereich E-Mobility. Er betreut eine Reihe von internationalen Großprojekten zum Aufbau von Stromversorgungsstrukturen für Elektromobilität. Er wird über Erfahrungen mit und Anforderungen an die Stromversorgung sowie über wichtige Zukunftsfragen - z.B. vehicle-to-grid - berichten.

Eva A. **Kellershof** ist Director der Ricardo Strategic Consulting GmbH, der weltweit tätigen Consulting Sparte von Ricardo (www.ricardo.com) und der derzeit größten Automotive Consulting Gruppe. Ricardo ist führender Technologieanbieter und berät sowohl die Automobil- und Transportindustrie als auch die Energieindustrie in Turnaround und Business Development Projekten.

www.deutscher-anwaltspiegel.de

12. Strafrecht und Nebengebiete

Matthias Jahn | Armin Nack (Hrsg.)

Rechtsprechung, Gesetzgebung, Lehre: Wer regelt das Strafrecht?

Referate und Diskussionen auf dem
2. Karlsruher Strafrechtsdialog 2009

Strafrechtsdialog -
Schriften zur Theorie
und Praxis des
Strafrechts

2010
69,- € 120 S



ISBN 978-3-452-27242-3

Fragen zum „Rechtsmissbrauch im Strafprozess“ einerseits und zum „systematischen Verhältnis von Mord und Totschlag“ andererseits bildeten die beiden Themenschwerpunkte des zweiten Karlsruher Strafrechtsdialogs im Foyer der Bibliothek des Bundesgerichtshofs mit 120 namhaften Juristen aus Wissenschaft und Praxis als Teilnehmern.

Die Vorträge der beiden Hauptreferenten Dr. Ruth Rissing-van Saan, Vorsitzende Richterin am BGH (2. Strafsenat), und Wolfgang Pfister, Richter am BGH (3. Strafsenat), erwiesen sich als Kristallisationspunkte, um die herum sich eine breite, teils kontroverse Diskussion entwickelte, zu der die teilnehmenden Wissenschaftler und Rechtspraktiker jeweils aus der ihnen eigenen Perspektive und Betrachtungsweise heraus konstruktiv neue Aspekte, Argumente und Gesichtspunkte beisteuerten, die am Ende der Tagung Professor Dr. Dr. h.c. mult. Claus Roxin, Ludwig-Maximilians-Universität München, in seinem Schlusswort zu dem Fazit veranlassten: „Es geht ein Kongress zu Ende, von dessen Erträgen wir noch lange werden zehren können. Denn nichts ist fruchtbarer als ein anregender Gedankenaustausch ... Ich glaube daher, dass die Debatten dieses Tages, wenn sie einmal gedruckt vorliegen, auch der Rechtsentwicklung förderlich sein können.“

Dr. Ruth Rissing-van Saan hatte in ihrem Referat zum systematischen Verhältnis von Mord und Totschlag die Position der Rechtsprechung, wonach die §§ 211, 212 StGB selbstständige Straftatbestände sind, ausführlich begründet und die dahinter liegende Rechtsprechungsgeschichte aufgezeigt, während Professor Dr. Hartmut Schneider, Bundesanwalt beim BGH, in einem darauf Bezug nehmenden Vortrag eher der in der Wissenschaft vorherrschenden Meinung zugeneigt schien, derzufolge § 211 eine Qualifikation des § 212 ist. Schneider nahm damit die Meinung der meisten Tagungsteilnehmer vorweg, die sich in der anschließenden Diskussion zu Wort meldeten.

Der zweite Themenschwerpunkt, die Frage des „Rechtsmissbrauchs im Strafprozess“, bewegte ganz besonders die Strafverteidiger, die zum Strafrechtsdialog nach Karlsruhe angereist waren und sich in der Diskussion gegen einen allgemeinen Missbrauchsverdacht aussprachen, dem sich ihr Berufsstand zusehends ausgesetzt sehe. Zuvor hatte Wolfgang Pfister, Richter am BGH (3. Strafsenat), als Hauptreferent fünf Thesen zum Rechtsmissbrauch im Strafverfahren aufgestellt, die im Anschluss zunächst von Professor Dr. Werner Beulke, Universität Passau, in einem darauf Bezug nehmenden Kommentar kritisch gewürdigt worden waren.

Der Tagungsband „Rechtsprechung, Gesetzgebung, Lehre: Wer regelt das Strafrecht?“ dokumentiert den gesamten Verlauf des zweiten Karlsruher Strafrechtsdialogs.

Die Herausgeber:
Professor Dr. Matthias Jahn, Universität Erlangen-Nürnberg;
Armin Nack, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof.

www.heymanns.com

Günter Jerouschek



Sunt hic leones?
Zu Fortschritten
in der Strafrechtsgeschichte und
in der historischen Kriminalitätsforschung

in: ZNR 1/2010, 52-60

Immanuel Baumann



Dem Verbrechen auf der Spur
Eine Geschichte der Kriminologie und
Kriminalpolitik in Deutschland 1880 bis
1980, (SR: Moderne Zeit 13), (Diss.),
Göttingen 2006

Rezension in: ZNR 2/2010, 143-146

Arbeitsgemeinschaft Strafrecht des
Deutschen Anwaltvereins (Hrsg.)

Strafverteidigung im Rechtsstaat 25 Jahre Arbeitsgemeinschaft Strafrecht des Deutschen Anwaltvereins

Baden-Baden 2009

1104 S., 148,- €
ISBN 978-3-8329-4283-0

www.nomos.de

Sebastian Buss

Staatsanwaltschaft und Crown Prosecution Service

Ein Vergleich der Anklagebehörden in
Deutschland und England im Hinblick auf
die Schaffung einer Europäischen
Staatsanwaltschaft

(Studien zum Strafrecht, Bd. 43)
Baden-Baden 2010

ca. 190 S.; ca. 49,- €
Erscheinungstermin: Juni 2010
ISBN 978-3-8329-5654-7

www.nomos-shop.de

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

Sunjid Dugar

Der Gleichheitsgrundsatz in Bezug auf das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz im deutschen und mongolischen Recht

(Münchener Juristische Beiträge, Bd. 73)
München 2010
ca. 332 S.
59,- €



ISBN 978-3-8316-0921-5

Allgemeine Gleichbehandlung gilt vor allem für das Arbeitsrecht, wobei in vielen Ländern und somit auch in Deutschland und in der Mongolei erhebliche Ungleichbehandlungen zwischen den vertraglichen Leistungen der Arbeitgeber gegenüber den Angestellten oder Arbeitern bestehen. Gerade gegenwärtig wird in Deutschland wieder die erhebliche Diskrepanz zwischen den Bezügen der weiblichen und der männlichen Arbeitnehmer diskutiert und darauf hingewiesen, dass die Drittwirkung des Gleichheitssatzes eine solche »Diskriminierung« nicht zulässt. Ganz allgemein verlangt das Antidiskriminierungsgesetz eine striktere Handhabung des Gleichheitssatzes, der lange Zeit durch die dehnbare Floskel interpretiert wurde, dass dieser Gleichheitssatz dann erfüllt sei, wenn man wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich behandeln würde. Diese unscharfe Definition lässt Diskriminierungen zu und kann die Gleichheitslücke nicht schließen. Das gilt nicht nur im Arbeitsrecht oder im Beamtenrecht, sondern auch in vielen rechtlichen Beziehungen der Geschlechter zueinander. Antidiskriminierungsgrundsätze moderner Art finden sich im mongolischen Namensrecht traditioneller Art verwirklicht, wo der Name des Mannes nicht zum Familiennamen der Frau gemacht wird. Weitere Fälle aus dem Zivilrecht, Steuerrecht, dem Recht der Privatisierung und dem Privatrecht sind als Beispiele aufgeführt.

www.utzverlag.de

Bucerius Law School

Managervergütung

Viertes Hamburger Forum
Des Instituts für Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht

25.06.2010, Hamburg

- Managervergütung – Weiterer Reformbedarf?
- Praxis der Vorstandsvergütung nach VorstAG – eine Zwischenbilanz
- Regulierung der Vergütung der Bankmanager durch Aufsichtsrecht – Erfahrungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
- Vergütungssysteme für Manager aus der Sicht der Psychologischen Ökonomik
- Der Markt für Manager aus der Perspektive der Unternehmenspraxis
- Konzepte zur Ordnung der Managervergütung aus der Perspektive des Steuer- und Verfassungsrechts
- Regulierungsstrategien zur Managervergütung in rechtsvergleichender Betrachtung

www.iukr.de

Bundesleitung des dbb beamtenbund
und tarifunion (Hrsg.)

Betriebsverfassungsgesetz

2. Aufl., Berlin 2010
168 S., 5,- €
ISBN 978-3-87863-164-4

www.dbbverlag.de

ÖSTERREICH

Doris Lutz

Leistungslohnmodelle

Wien 2010
ca. 240 S.
ISBN 978-3-7007-4520-4

www.lexisnexis.at

Inge Böttcher

Die Arbeit im Betriebsratsgremium

Handlungshilfe für Betriebsräte
zu §§ 26 ff. BetrVG

Frankfurt am Main 2010

ca. 100 S., ca. 12,- €
ISBN 978-3-7663-6041-0

Für eine erfolgreiche Arbeit im Betriebsratsgremiums müssen gesetzliche Grundlagen beachtet werden, die in den §§ 26-41 BetrVG verankert sind. Die Broschüre gibt neu gewählten Betriebsräten Orientierung und dient erfahrenen Interessensvertretern als Nachschlagewerk. Die Autorin gibt einen Überblick über die rechtlichen und praktischen Anforderungen an die Betriebsratsarbeit. Darüber hinaus widmet sie sich auch der Struktur der Aufgabenwahrnehmung der Betriebsratssitzung, der Freistellung von Betriebsratsmitgliedern, der Kostentragungspflicht des Arbeitgebers sowie den wesentlichen Anforderungen bei Betriebsversammlungen.

www.bund-verlag.de

ÖSTERREICH

Gabriele Kucsko-Stadlmayer

Das Disziplinarrecht der Beamten

4. Aufl. Wien 2010
517 S., 89.95 €

Erscheinungstermin: April 2010
ISBN 978-3-211-78500-3

www.springer.at

14. Sozialrecht

Haufe SGB Office DVD

Der Gesamtkommentar zum Sozialgesetzbuch

Freiburg im Breisgau 2010
148.- €
ISBN 978-3-448-10004-4

www.haufe.de

Rainer Pitschas

Vertragswettbewerb in der ambulanten Gesundheitsversorgung

Zu den tatsächlichen und rechtlichen
Grenzen hausarztzentrierter Versorgung
durch Selektivverträge gemäß § 73 b Abs.
4 und 4 a SGB V

(Speyerer Schriften zu Gesundheitspolitik
und Gesundheitsrecht, Bd. 5)
Frankfurt am Main 2010

92 S. 24.80 €
ISBN 978-3-631-60835-7

www.peterlang.de

Thomas Gächter | Eva Siki

Sozialversicherungsrecht

Allgemeiner Teil, Entwicklungen 2009

Bern 2010
ca. 250 S.; ca. 37.- €
Erscheinungstermin: Juni 2010
ISBN 978-3-7272-8051-1

www.staempfliverlag.com

Gabriela Riemer-Kafka

Schweizerisches Sozialversicherungsrecht

2. Aufl., Bern 2010
344 S., EUR 62.00
(Stämpfli Skripten)
ISBN 978-3-7272-1536-0

Das Sozialversicherungsrecht ist ein Bereich, dem wir wegen der verschiedenen nicht immer leicht voneinander abzugrenzenden Sozialversicherungszweigen und der kaum mehr überblickbaren Zahl von Normen mit grossem Respekt begegnen. Da aber das Sozialversicherungsrecht ein ständiger und immer wichtiger werdender Begleiter in allen Lebenslagen ist und daher in den Rucksack jedes Juristen gehören sollte, ist diese übersichtliche und nicht allzu umfangreiche Gesamtdarstellung ein ideales Hilfsmittel, um sich in diese komplexe Materie einzuarbeiten. Basis für den Einstieg bilden die sozialen, historischen und rechtlichen Grundlagen.

Der Systematik jedes einzelnen Sozialversicherungszweigs folgend und stets mit neuerer Rechtsprechung illustriert, werden die verschiedenen Risikobegriffe, die Unterstellungsbedingungen und das damit eng verbundene Beitragswesen, die Leistungen sowie ihre Koordination, das Verwaltungs- und Rechtsmittelverfahren sowie auch die Organisation unserer Sozialversicherungen erläutert.

www.staempfliverlag.com

Hrsg. Martin Sonntag

ASVG

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz

Wien 2010
EUR 144.00
ISBN 978-3-7073-1450-2

www.lindeverlag.at

SCHWEIZ

Ulrich Becker | Peter A. Köhler
Yasemin Körtek (Hrsg.)

Die Alterssicherung von Beamten und ihre Reformen im Rechtsvergleich

(Studien aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Bd. 50)

Baden-Baden 2010
281 S., EUR 68.00

ISBN 978-3-8329-5628-8

Rund 25 Jahre nach der letzten rechtsvergleichenden Analyse der Alterssicherung von Beamten ist am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München eine neue Studie zu dieser Fragestellung konzipiert und unter Mithilfe von einigen externen Kooperationspartnern durchgeführt worden. Untersucht werden die grundlegenden Prinzipien der Alterssicherung von Beamten und ihre mögliche Veränderung im Laufe der Zeit. Dabei steht die aktuelle Situation in einer Reihe von europäischen Ländern im Vordergrund.

Ausgehend von den in Deutschland über die letzten Jahrzehnte gesammelten Erfahrungen, wird die Alterssicherung von Beamten in Deutschland, Frankreich, Italien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Rußland, der Schweiz, Slowenien, Tschechien und im Vereinigten Königreich dargestellt. Das Dienstrecht der Europäischen Union und der Vereinten Nationen wird ergänzend einbezogen.

ÖSTERREICH

www.nomos.de

15. Wirtschaftsrecht

WM Seminare

Managerhaftung

Eine Bestandsaufnahme
der aktuellen Entwicklungen

17.06.2010, Frankfurt

Die Haftung der Unternehmensführung wurde in den letzten Jahren immer mehr durch Rechtsprechung und Gesetzgebung konkretisiert. Vor kurzem weitete der Gesetzgeber die Managerhaftung durch das neue Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) aus, indem obligatorisch eine zwingende Selbstbeteiligung in Höhe von zehn Prozent des durch den Geschäftsleiter pflichtwidrig hervorgerufenen Schadens, mindestens jedoch das 1,5-fache seiner Jahresvergütung, eingeführt wurde. Nach wie vor besteht in den Vorstands- und Geschäftsführungsetagen große Unsicherheit über den Pflichtenstandard einer guten Corporate Governance.

Zudem soll im Zuge der Finanzkrise die Managerhaftung weiter verschärft werden. So forderte jüngst die Bundesjustizministerin eine Verlängerung der Verjährungsfristen.

Ziel des Seminars ist es, die wichtigen Fragen rund um das Thema Managerhaftung zu beantworten:

- Wie sieht der Pflichtenstandard einer "guten" Corporate Governance aus?
- Welche Entwicklungen sind von der Rechtsprechung (z. B. zur Organhaftung) zu erwarten?
- Was ist bei der Unterrichtung der Aufsichtsgremien zu beachten?
- Inwieweit kann die Haftung vertraglich begrenzt werden?
- Was muss der Aufsichtsrat bei der Festlegung von Managergehältern beachten?
- Was ist bei Sonderprüfungen und besonderen Vertretern zu beachten?

Programm

- „Gute“ Corporate Governance:
- Der Pflichtenstandard
- Subjektive Seite
- Verteilung der Darlegungs- und Beweislast
- Kausalitätsprobleme
- Vertragliche Haftungsbeschränkung
- Verantwortlichkeit von Vorstand und Aufsichtsrat in der Finanzkrise
 1. Beobachtungen aus der anwaltlichen Praxis
 2. Pflichtenstandards
 3. Anspruchsdurchsetzung
 4. Risiko der Anspruchsverfolgung im Ausland
- Versicherung des Selbstbehalts nach Paragraph 93 Abs. 2 Satz 3 AktG

www.wm-seminare.com

SCHWEIZ

David Rüetschi

Schuld-, Betreibungs- und Konkursrecht Entwicklungen 2009

Bern 2010
ca. 100 S.; ca. 37.- €
ISBN 978-3-7272-8038-2

www.staempfliverlag.com

Lifeng Sun

Vermögensbindung in der GmbH im chinesischen und deutschen Recht

(Europäische Hochschulschriften -
Reihe II, Bd. 5035)

Frankfurt am Main 2010
174 S.; 39.80 €

ISBN 978-3-631-60281-2

www.peterlang.de

FAO-Seminar

“Gesellschafter- und Geschäftsführerhaftung”

Altes Recht – Neues Recht
Übergangsrecht

02.07.2010, Hannover

Die sichere Beherrschung des Rechts der Gesellschafter- und Geschäftsführerhaftung ist für den Insolvenzverwalter unverzichtbare Kernkompetenz. Durch das am 1. November 2008 in Kraft getretene MoMiG haben sich zahlreiche Änderungen bei der Haftung von Gesellschaftern und Geschäftsführern ergeben. Inzwischen liegen erste gerichtliche Entscheidungen zum neuen Recht und zum Übergangsrecht vor. Das Seminar liefert einen Überblick über den aktuellen Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur. Es richtet sich gleichermaßen an Insolvenzverwalter und ihre Mitarbeiter sowie an Rechtsanwälte, die häufig Unternehmen vor und während der Krise beraten.

Themenauswahl

- Gesellschafterhaftung
 - Gründerhaftung
 - Kapitalaufbringung: verdeckte Sacheinlage, Hin- und Herzahlen (§ 19 GmbHG)
 - Kapitalerhaltung: Rückkehr zu bilanziellen Betrachtungsweise
 - Altes Eigenkapitalersatzrecht und neues Recht der Gesellschafterdarlehn – was gilt?
- Geschäftsführerhaftung
 - Insolvenzverschleppungshaftung, §§ 823 Abs.2 BGB, 15a InsO
 - Masseschmälerungshaftung, § 64 S.1 GmbHG
 - Insolvenzverursachungshaftung, § 64 S.3 GmbHG
 - weitere Haftungstatbestände
- Exkurs
Die sog. führungslose GmbH – Antragsrechte, Antragspflichten, Haftung

www.zorn-seminare.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

Sarah Frey-Gruber

Der Rechtsbruchtatbestand im UWG

(Schriften zum Wirtschaftsrecht, Bd. 232)

Berlin 2010
172 S.; 68,- €
ISBN 978-3-428-13189-1



Der Rechtsbruchtatbestand (§ 4 Nr. 11 i. V. m. § 3 Abs. 1 UWG) spielt im UWG eine zentrale Rolle. Bisweilen erscheint der Rechtsbruchtatbestand als ein "Meta-Recht", das in alle Bereiche des Rechts hineinragt. Ungeachtet dessen sind die dogmatischen Grundlagen des Rechtsbruchtatbestands weiterhin ungeklärt.

Sarah Frey-Gruber kommt zu dem Ergebnis, dass der Rechtsbruchtatbestand eine spezialgesetzliche Ausprägung von § 823 Abs. 2 BGB bzw. des allgemeinen quasinegatorischen Unterlassungsanspruchs darstellt. Auf dieser dogmatischen Basis lassen sich die zahlreichen Auslegungsfragen, die die wettbewerbsrechtliche Praxis immer wieder beschäftigen, sachgerecht lösen. Zugleich wirft diese dogmatische Einordnung die bislang kaum gestellte Frage auf, warum es des Rechtsbruchtatbestands überhaupt bedarf. Aus materiellrechtlicher Sicht ist der spezifisch wettbewerbsrechtliche Rechtsbruchtatbestand überflüssig. Auch die weitreichende Regelung der Aktivlegitimation, die insbesondere zu einer Klagebefugnis von Verbänden und Kammern führt, vermag den Rechtsbruchtatbestand nicht zu rechtfertigen. Letztlich findet der deutsche Rechtsbruchtatbestand auch in den meisten europäischen Rechtsordnungen keine Entsprechung. Im Ergebnis schlägt die Autorin eine Streichung des Rechtsbruchtatbestands vor. Sie leistet damit einen Beitrag zur Bekämpfung der im Wettbewerbsrecht anzutreffenden Überregulierung und zu einer Angleichung der europäischen Wettbewerbsrechtsordnungen. Inhaltsübersicht:

Einleitung

1. Die Entwicklung des Rechtsbruchtatbestandes: Einleitung - Die Entwicklung zur Zeit des Reichsgerichts - Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bis zum Jahr 1997 - Schutznormgedanke in der Literatur - Die Wende in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs - Der Rechtsbruchtatbestand im Gesetzgebungsverfahren - Zusammenfassung

2. Der Rechtsbruchtatbestand - §§ 3 Abs. 1, 4 Nr. 11 UWG: Einleitung - Die Tatbestandsmerkmale von § 4 Nr. 11 i. V. m. § 3 Abs. 1 UWG im Einzelnen

3. Die Regeln über die Aktivlegitimation als Legitimation des Rechtsbruchtatbestandes: Relevanz der Aktivlegitimation für die vorliegende Untersuchung - Überblick über die §§ 8, 9 UWG - Die Aktivlegitimation der Mitbewerber, Verbände und Kammern -

4. Rechtspolitisches Erfordernis der Verbandsklage im Bereich des Rechtsbruchtatbestandes: Überblick - Verbraucherschützende Normen - Antidiskriminierungsrecht - Kartell- und Vergaberecht - Leistungserbringungsrecht - Öffentlich-rechtliche Normen

5. Die Streichung des Rechtsbruchtatbestandes aus europarechtlicher und rechtsvergleichender Sicht: Bindende europarechtliche Vorgaben - Der Rechtsbruchtatbestand in ausländischen Rechtsordnungen - Literatur- und Stichwortverzeichnis

www.duncker-humblot.de

Björn Buchgeister

Werbung mit Geschäftsbeziehungen aus wettbewerbsrechtlicher Sicht

Hamburg 2010
ca. 112 S.; 39,50 €
ISBN 978-3-8366-8964-9

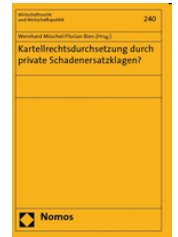
www.diplomica-verlag.de

Wernhard Möschel | Florian Bien (Hrsg.)

Kartellrechtsdurchsetzung durch private Schadenersatzklagen?

(Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik
Bd. 240)

Baden-Baden 2010
318 S.; 69,- €



ISBN 978-3-8329-5169-6

Die Erleichterung privater Schadenersatzklagen bei Kartellverstößen gehört zu den zentralen Initiativen der Europäischen Kommission. Die in dem Band dokumentierten Beiträge unterziehen die jüngsten Brüsseler Reformvorschläge einer kritischen Analyse und zeigen mögliche Alternativen auf.

Im Mittelpunkt stehen eingehende Auseinandersetzungen mit den von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen. Die angesprochenen Problemfelder betreffen die Möglichkeit der kollektiven Rechtsdurchsetzung („Sammelklagen“), den Zugang zu Beweismitteln, die Bindungswirkung von Behördenentscheidungen für nachfolgende Zivilverfahren und die Abwälzung des Kartellschadens auf Folgeabnehmer. Hinzu kommen Untersuchungen zu den Chancen und Risiken der privaten Kartellrechtsdurchsetzung aus ökonomischer und rechtsvergleichender Perspektive. Der Band schließt mit einem Plädoyer für den Ausbau der strafrechtlichen Verfolgung als möglicher Alternative.

Die Verfasser der Beiträge sind als Wissenschaftler, Anwälte und Mitarbeiter nationaler und europäischer Kartellbehörden ausgewiesene Experten auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts.

www.nomos.de

17. Gewerblicher Rechtsschutz

Reinhard Ingerl | Christian Rohnke

Markengesetz

Gesetz über den Schutz von
Marken und sonstigen Kennzeichen

3. Auflage
München 2010
ca. 2500 S.; ca. 145,- €



Erscheinungstermin:
August 2010
ISBN 978-3-406-59047-4

Der Ingerl/Rohnke hat sich als unentbehrliches Arbeitsmittel der markenrechtlichen Praxis etabliert. Besonders anwenderfreundlich: Der gedanklich und optisch klar strukturierte Aufbau der Erläuterungen führt schnell zu den für die Fall-Lösung wichtigen Aspekten und Entscheidungen.

Pluspunkte für Praktiker

Systematische Darstellungen erläutern Schwerpunktthemen wie Verletzungsansprüche und das Eintragungsverfahren. Die praxiswichtige EuGH-Rechtsprechung ist eingehend berücksichtigt. Ein Textanhang und ein Entscheidungsregister mit Kommentarfundstellen runden das Werk ab.

Mit Stand 1. Mai 2010

berücksichtigt die Neuauflage 13 Änderungsgesetze, insbesondere das Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums.

Aktuelle Schwerpunkte bilden

- die neueste EuGH-Rechtsprechung zur Markenverletzung und zu den Schutzschranken
- kennzeichenrechtliche Anspruchslehre
- Schutz der Unternehmenskennzeichen und Werktitel
- Domain-Recht und andere internet-spezifische Kennzeichenverwendungen
- Schnittstellen zum Wettbewerbsrecht nach UWG-Reform und Umsetzung der UGP-Richtlinie.

Von führenden Markenrechts-Experten die Autoren, RA Prof. Dr. Reinhard Ingerl, LL.M., und RA Prof. Dr. Christian Rohnke, M.C.J., Attorney at Law (New York), sind führende Experten auf dem Gebiet des deutschen und internationalen Markenrechts.

www.beck-shop.de

Michael Ritscher | Simon Holzer
André Kasche

Patentrecht, Entwicklungen 2009

Bern 2010
ca. 100 S.; ca. 37,- €

Erscheinungstermin: Juni 2010
ISBN 978-3-7272-8047-4

www.staempfliverlag.com

Das aktuelle Inhaltsverzeichnis des
ZUM-Rechtsprechungsdienstes
jetzt mit Redaktionsschluss online

<http://www.urheberrecht.org/reviews/toc/zum-rd/>

Horst P. Götting
Detlev Sternberg-Lieben (Hrsg.)

Der Mensch als Ware

(Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht, Bd. 29)
Baden-Baden 2010

102 S., EUR 28.00
ISBN 978-3-8329-4632-6

www.nomos-shop.de

Manuel Cebulla

Das Urheberrecht der Übersetzer und Dolmetscher

Schriften zur Rechtswissenschaft
Bd. 88
ISBN 978-3-86573-319-1
173 S. 23,00 €

Bislang haben sich Juristen und Sprachmitler mit dem Urheberrecht der Übersetzer und Dolmetscher noch kaum eingehend auseinandergesetzt. Die vorliegende Untersuchung zeigt wissenschaftlich und praxisnah, dass der urheberrechtliche Schutz über den Bereich der Belletristik hinaus auch Übersetzungen von Gebrauchstexten und das Dolmetschen umfasst, das hier zum ersten Mal aus urheberrechtlicher Sicht betrachtet wird. Es wird deutlich, dass die mit der Translation verbundene hochkomplexe geistige Leistung bislang zu Unrecht unterschätzt wird und daher einige Auffassungen in Rechtsprechung und Schrifttum einer Korrektur bedürfen.

www.wvberlin.de

Guido Westkamp

Privacy & Publicity

Schutz und Kommerzialisierung
der Persönlichkeit
im modernen britischen Common Law

(Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht, Bd. 36)
Baden-Baden 2010

ca. 288 S., ca. EUR 76.00
ISBN 978-3-8329-4214-4

www.nomos-shop.de

18. Steuerrecht

Christian Zieglermeier

Die Zweitwohnungssteuer in der Praxis

Grundlagen
und Gestaltungsmöglichkeiten

Stuttgart 2009
128 S. 19,80 €
ISBN 978-3-415-04180-6

Die Abhandlung beschäftigt sich zunächst mit den Voraussetzungen und Grenzen der Erhebung einer Zweitwohnungssteuer. Der Verfasser legt dabei die bayerische Rechtslage zu Grunde. Wegen der nahezu identischen Ausgangslage in allen anderen Bundesländern können Ausführungen auch dort nutzbar gemacht werden. Daran anschließend werden u.a. etwaige Befreiungstatbestände für bestimmte Personengruppen wie z. B. Studenten, Auszubildende und Personen mit geringer finanzieller Leistungsfähigkeit diskutiert.

www.boorberg.de

Bernhard Schmid

Die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge

Die Besteuerung von Kapitalerträgen
Der Einbehalt von Kapitalertragsteuer -
Die Abgeltungsteuer in der Steuererklärung -
Übergangsvorschriften und Gestaltungshinweise - mit amtlichen Anwendungsschreiben

2. Aufl., Münsing 2010
256 S., ca. 28.50 €

Erscheinungstermin: 15.04.2010
ISBN 978-3-543-90100-3

www.leitfadenverlag.de

Steffen Lampert

Doppelbesteuerungsrecht und Lastengleichheit

Qualifikations- und Zurechnungskonflikt
bei der Besteuerung
von Personengesellschaften

(Steuerwissenschaftliche Schriften, Bd. 22)
Baden-Baden 2010

ca. 330 S., 79.- €
ISBN 978-3-8329-5132-0

www.nomos.de

Bernhard Schmid

Die Zinsinformationsverordnung

Ein Handbuch für Kreditinstitute, Anleger
und steuerliche Berater

2. Aufl., Münsing 2010
200 S., ca. 24.- €

ISBN 978-3-543-93100-0

www.leitfadenverlag.de

Stefan Lammel

Besteuerung bei Gründung der Societas Europaea (SE) durch Verschmelzung

Vorgaben der Fusionsrichtlinie
und des Primärrechts, des deutschen
Rechts de lege lata und die de lege
ferenda notwendigen Anpassungen

Freiburger Steuerforum, Bd. 13
Frankfurt am Main 2010

302 S., 54.80 €
ISBN 978-3-631-59626-5

www.peterlang.de

Heiko Leitl

Maßnahmen zur Sicherung des Umsatzsteueraufkommens

Eine Untersuchung zur Reformbedürftigkeit
und Reformfähigkeit des gegenwärtigen
Systems der Umsatzsteuererhebung
in Deutschland im europäischen Kontext

(Steuerrecht in Forschung und Praxis
Bd. 61)
Hamburg 2010

414 S., 115.- €
ISBN 978-3-8300-5091-9

www.verlagdrkovac.de

Monika Jachmann

Familienbesteuerung kompakt

Stuttgart 2010
ca. 80 S., 15.- €
ISBN 978-3-415-04443-2

www.boorberg.de

SCHWEIZ

Madeleine Simonek

Unternehmenssteuerrecht Entwicklungen 2009

Bern 2010
ca. 200 S.; ca. 37.- €

ISBN 978-3-7272-8052-8

www.staempfliverlag.com

ÖSTERREICH

Klaus Hilber

Praxiskommentar zur Liebhabereiverordnung

Kommentierung vom Praktiker für Praktiker
mit Judikatur zur LVO aus mehr als
15 Jahren. Stand 01.01.2010
Wien 2010

302 S., 52.60 € ISBN 978-3-7089-0524-2

www.facultas.at

19. Umwelt | Agrar | Energie

GAB

Altlastensymposium 2010

30.06.2010, Ingolstadt

01.07.2010, Ingolstadt

Im vergangenen Herbst feierten wir das 20-jährige Bestehen der GAB. Seither gab es bundesweit noch eine Reihe weiterer Jubiläen. Gleichzeitig ist der künftige Mittelbedarf für die Altlastensanierung und die weitere Finanzierung der GAB nach 2010 noch in der Diskussion.

Vor diesem Hintergrund befassen wir uns beim diesjährigen Altlastensymposium mit der Frage, wo die Altlastensanierung nach zwei Jahrzehnten steht und wie sich die künftige Perspektive darstellt. Weitere Themenschwerpunkte sind die anstehenden wichtigen Neuerungen bei den rechtlichen Grundlagen und die Vorstellung neuer Erkenntnisse und Vorgaben hinsichtlich der Untersuchung und Bewertung von Altlasten. Neue Konzepte und Lösungsansätze für altbekannte Probleme werden aufgezeigt, auch anhand von eindrucksvollen Fallbeispielen. Insbesondere die in den letzten Jahren in den Blickpunkt gerückten innovativen Verfahren zur In-Situ-Sanierung werden vorgestellt und einer differenzierten Würdigung unterzogen.

Mittwochnachmittag wird eine Exkursion zur AUDI AG mit einer Führung in kleinen Gruppen durch das Werk angeboten. Unmittelbar daran schließt sich die Abendveranstaltung an, die selbstverständlich auch die Möglichkeit zur intensiven Diskussion und Kontaktschmiede bietet. Das Altlastensymposium der GAB führt jährlich als bewährte Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen.

www.altlasten-bayern.de

Joachim Schwind

Neues Umweltrecht in Niedersachsen

WHG/NWG, BNatSchG/NAGBNatSchG,
UVPG/NUVPG

ca. 312 Seiten, 29,80 €
ISBN 978-3-8293-0920-2

Die Vorschriftensammlung bietet den aktuellen Zugriff auf alle zum 1.3.2010 in Niedersachsen in Kraft getretenen neuen Umweltgesetze. Sowohl das neue Bundesrecht als auch das neue Landesrecht in den Bereichen Wasser und Naturschutz sowie das Recht der Umweltverträglichkeitsprüfung sind in einem Werk kompakt zusammengefasst, was die gleichzeitige Anwendung von Bundes- und Landesrecht erleichtert. In einer ausführlichen Einleitung wird zunächst die Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen im Umweltrecht mit der nun bedeutsamen Abweichungsgesetzgebung dargestellt.

Das neue Wasserhaushaltsgesetz des Bundes mit erstmals bundesrechtliche Vollregelungen wird erläutert. In der Einführung zum neuen Niedersächsischen Wassergesetz wird besonders auf die für die Praxis wichtigen Themen des Gewässerrandstreifens und der Gewässerunterhaltung eingegangen, in denen der Landesgesetzgeber seine Abweichungskompetenzen genutzt hat.

Im Naturschutzrecht ist das neue Bundesnaturschutzgesetz mit seinen jetzt auch in Niedersachsen geltenden Vollregelungen dargestellt. Es wird nun ergänzt durch das neue Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz, in dem der Gesetzgeber eine Reihe von Ausfüllungs- und Abweichungsregelungen zum Bundesnaturschutzgesetz geregelt hat.

Ebenfalls aufgenommen sind das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung des Bundes, das geänderte Niedersächsische Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz.

Mit seiner kompakten Darstellung des neuen in Niedersachsen geltenden Umweltrechts wendet sich die Vorschriftensammlung an alle Praktiker des Umweltrechts in den Kommunen, der Landesverwaltung, der Landwirtschaft, in den Verbänden der Wasserwirtschaft, in den Umweltverbänden und an alle am neuen Umweltrecht in Niedersachsen Interessierten.

www.kommunalpraxis.de

Roundtable

Future Energy Forum

Elektro-Mobilität – neue Geschäftsfelder,
neue Konzepte?

24. Juni in Hamburg

ausführliche Darstellung s. Sachgruppe 11

ÖSTERREICH

Rainer Hinterleitner | Christoph Twaroch

GeoDIG

Geodateninfrastrukturgesetz

mit den Durchführungsbestimmungen zur INSPIRE-Richtlinie, den Erläuterungen zur Regierungsvorlage des GeoDIG und Anmerkungen.

Wien 2010

195 S.; 38,80 €

Erscheinungstermin: 06.04.2010

ISBN 978-3-7083-0674-2

www.bwv-verlag.de

ÖSTERREICH

Werner Doralt (Hrsg.)

KODEX Abfallrecht mit ÖKO-Audit

28., Auflage Wien 2010

ca. 1440 S.; ca. 82,70 €

Erscheinungstermin: Mai 2010

ISBN 978-3-7007-4627-0

www.lexisnexus.at

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Franz Weinberger

Alliancing Contracts im deutschen Rechtssystem

(Schriften zum deutschen und internationalen Baurecht, Bd. 10)
Frankfurt am Main 2010

230 S., EUR 49.80
ISBN 978-3-631-60305-5

Die Bauwirtschaft befindet sich seit Jahren in der Krise. Steigender Wettbewerbsdruck, daraus folgender Preiskampf sowie eine starke Zunahme der Insolvenzen prägen die Branche. Der Allianzvertrag versucht durch seinen kooperativen Charakter neuartige Wege aus der Krise der Bauwirtschaft aufzuzeigen und verstärkt das Projekt in den Vordergrund zu rücken. Allianzverträge kommen bisher nahezu ausschließlich im anglo-amerikanischen Raum zur Anwendung. Ein innovatives Vergütungssystem, eine «no blame - no dispute»-Kultur und das Einstimmigkeitsprinzip tragen dazu bei, alle Parteien auf eine «best for project»-Atmosphäre einzuschwören. Dieses Buch behandelt den Allianzvertrag am Beispiel Australiens sowie seine Umsetzung in deutsches Recht unter besonderer Berücksichtigung des Gesellschafts- und Vergaberechts.

Aus dem Inhalt:

- * Der Allianzvertrag am Beispiel Australiens
- * Innovative Vergütung
- * «no blame - no dispute»
- * Einstimmigkeitsprinzip
- * Klageverzicht
- * Kooperative Vertragsgestaltung
- * Umsetzung in deutsches Recht
- * Rechtliche Einordnung von Allianzverträgen
- * Vergabe von Allianzverträgen.

www.peterlang.de

Hans-Egon Pause

Bauträgerkauf und Baumodelle

5., Auflage
München 2010
ca. 650 S., ca. EUR 69.00
Erscheinungstermin: Oktober 2010

ISBN 978-3-406-59702-2

Das bewährte Handbuch unterstützt Rechtsanwälte, Richter und Notare in allen Fragen des Immobilienerwerbs und der Vertragsabwicklung. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt beim klassischen Bauträgerwerb; daneben werden alle anderen Modelle behandelt, z.B. Ersterweber-, Sanierungs- und Generalübernehmermodell.

Dieses Werk folgt konsequent dem zeitlichen Ablauf eines Bauträgerprojekts: vom Vertragsschluss über die Erfüllung und Abnahme bis zur Mängelhaftung. In der bewährten Struktur erscheint das Werk jetzt in der 5. Auflage. Schwerpunkte der Neuauflage sind:

- Konsequenzen aus dem Forderungssicherungsgesetz und dem neugefassten 632 a BGB: obligatorische Vertragserfüllungssicherheit für den Erwerber / Auswirkung von Mängeln auf die Fälligkeit
- Entwicklung der Rechtsprechung zur Bürgschaft nach § 7 MaBV
- Folgen des Transparenzgebots für Baubeschreibungen und Pläne
- Eintritt des Erwerbers in Versorgungs- und Anlagenbetriebsverträge (z.B. Wärmebereitstellungsverträge), Wartungsverträge
- Erhöhte Anforderungen der Rechtsprechung an die Abnahme des Gemeinschaftseigentums
- WEG-Novelle (§ 10 Abs. 6 Satz 3 WEG) und Grundlegende Rechtsprechung des BGH zur Verfolgung von Mängeln am Gemeinschaftseigentum und zu den Zuständigkeiten der Wohnungseigentümergeinschaft
- Neue Rechtsprechung des BGH zum Schallschutz (DIN 4109)
- Bedeutung der Energieeinsparverordnung (EnEV) für die geschuldete Bauleistung

- Rechte des Erwerbers in der Bauträgerinsolvenz
- Der Bauträgererwerb
- Der Bauträgervertrag
- Vergütungsanspruch des Bauträgers
- Leistungspflichten des Bauträgers
- Abnahme und Wohnungsübergabe
- Haftung für Mängel des Bauträgers
- Mangel des Grundstücks
- Verjährung
- Haftungsausschlüsse und -beschränkungen
- Mängel am Gemeinschaftseigentum
- Rückabwicklung des Bauträgervertrages
- Insolvenz des Bauträgers
- Kaufsonderformen
- Baumodelle
- Treuhandvertrag
- Prospekthaftung
- Baubetreuung
- Gesellschaftsvertrag
- Bauherr und die finanzierende Bank
- Bauherr und andere Vertragspartner
- Verwandte Erwerbsformen

Für Rechtsanwälte, Notare,
Richter und Bauträger

www.beck-shop.de

Annegret Harz | Ortheinz Käab | Olaf Riecke | Michael J. Schmid

Handbuch des Fachanwalts Miet- und Wohnungseigentumsrecht

3., Aufl., Köln 2010
ca. 2000 S., ca. EUR 139.00
ISBN 978-3-472-07835-7

www.wolterskluwer.de

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

Véronique Wagner
Dirk Looschelders
Lothar Michael (Hrsg.)

Die schuldhaft Herbeiführung des Versicherungsfalles in der Schadensversicherung nach der VVG-Reform 2008

(Düsseldorfer Reihe
Bd. 2)
Baden 2010
282 S.; 48,- €



ISBN 978-3-89952-519-9

Die VVG-Reform hat das Versicherungsvertragsrecht in wesentlichen Punkten verändert. So ist das bisher geltende Alles-oder-nichts-Prinzip im Bereich grober Fahrlässigkeit durch ein Quotenteilungsprinzip ersetzt worden. Diese Änderung bezieht sich im Bereich der Schadensversicherung auch auf die Vorschrift über die schuldhaft Herbeiführung des Versicherungsfalles, die neue Regelung des § 81 VVG. Von nun an soll in Fällen grob fahrlässiger Herbeiführung des Versicherungsfalles eine der Schwere des Verschuldens entsprechende Kürzung der Leistung des Versicherers vorgenommen werden. Vor diesem Hintergrund stellt die Arbeit eine umfassende Untersuchung der Neuregelung des § 81 VVG und seiner Probleme dar.

Im Fokus der Untersuchung stehen:

- tatbestandliche Detailfragen,
- Rechtsfolgen der Neuregelungen,
- die Frage, ob der § 81 VVG weiterhin als subjektiver Risikoausschluss eingeordnet werden und nach welchen Grundsätzen das Quotenprinzip praktiziert werden kann.

www.vvw.de

Marie-Luise Pannke

Der Schutz des extrakorporalen Embryos

Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung ausgewählter Probleme im Umgang mit extrakorporalen Embryonen

Schriften zur Rechtswissenschaft
Bd. 58

ISBN 13: 978-3-86573-152-4
339 S. 41 EUR. 2006 (Diss.)

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit der Frage, welche rechtlichen Regelungen verschiedene Rechtsordnungen zum Umgang mit extrakorporalen Embryonen gefunden haben und insbesondere auch, wie der Gesetzgebungsprozess verlief.

Anhand von Landesberichten über Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich und die Schweiz erörtert der erste Teil der Arbeit den Status sowie die grundsätzliche Zulässigkeit der Erzeugung und Verwendung extrakorporaler Embryonen, speziell zur Embryonenforschung in den Vergleichsstaaten.

Im zweiten Teil werden besondere Probleme im Umgang mit extrakorporalen Embryonen, namentlich die Präimplantationsdiagnostik, Stammzellforschung, Klonen sowie die Keimbahntherapie rechtsvergleichend erörtert.

www.wvberlin.de

Christian Katzenmeier
Klaus Bergdolt (Hrsg.)

Das Bild des Arztes im 21. Jahrhundert

(SR: Kölner Schriften zum Medizinrecht, Bd. 1)
Berlin 2009
ISBN 978-3-540-70531-4

www.springer.com

Frank Schönemann

Die Organisationsstruktur der Börse Von der öffentlich-rechtlichen zu einer privatrechtlichen Börsenverfassung

(Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht, Bd. 35)

Berlin 2010
295 S.; 78,- €
ISBN 978-3-428-13284-3

www.duncker-humblot.de

5. Deutsches Vorsorgerecht-Symposium

02.-03.07.2010, Bad Sobernheim/Nahe

Aktuelles aus der Rechtsprechung zum Betreuungsrecht - Referent: Georg Dodegge, RiAG Essen

Das neue Recht der Patientenverfügung in der gerichtlichen Praxis / Verfahrensrechtliche Besonderheiten

Haftungsrisiken für Anwalt und Arzt im Zusammenhang mit Patientenverfügungen / Internationaler Rechtsvergleich zur Sterbehilfe - Referentin: Petra Vetter, RAin u. FAin für MedR, Stuttgart

Das neue Recht der Patientenverfügung in der klinischen Praxis - Referent: Priv. Doz. Dr. med. Matthias Schuler, leitender Arzt der Akutgeriatrie im Diakonie Krankenhaus Mannheim

Sterbebegleitung im Hospiz - Referent: Rolf Kieninger, Leiter des Hospiz Elias in Ludwigshafen am Rhein

www.dvzb.de

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

Kuselit Rezension

Informationsmanagement Grundlagen, Aufgaben, Methoden

9., vollständig überarbeitete Auflage

Autor: Lutz J. Heinrich

Dirk Stelzer

Verlag: Oldenbourg

Ort: München

Jahr: 2009

Seiten: 588

Preis: 49,80 €

ISBN: 978-3-486-59068-5

Rezensent: Dr. Axel Schwarz, Moritzburg

Quelle: Kuselit Verlag GmbH



<http://www.oldenbourg.de/>

Bewertung: Fachliche und didaktische Glanzleistung!

Inhalt: Leistungsorientierter Ansatz des Informationsmanagements (Teilgebiet der Wirtschaftsinformatik)

Zielgruppe: Studierende wirtschaftswissenschaftlicher und technischer Studiengänge, IT-Führungskräfte und Praktiker aller Disziplinen

Was kann man lernen? - Grundlagen, strategische und administrative Aufgaben und Methoden des Informationsmanagements

Herausgeber / Autoren ¹:

Lutz Jürgen Heinrich

o. Univ.-Prof. em. Dipl.-Ing. Dr. rer.pol. habil., - emeritierter Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik der Universität Linz - lehrte Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Fertigungswirtschaft und Wirtschaftsinformatik mit Schwerpunkten Management von IT-Projekten und Informationsmanagement. Seine Forschungsschwerpunkte sind Informationsmanagement (insbesondere Strategische IT-Planung) und Wissenschaftstheorie (Theorie, Forschungsmethodik, Fachsprache und Geschichte der Wirtschaftsinformatik).

Dirk Stelzer

o. Univ.-Prof. Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol. habil., - Professor für Informations- und Wissensmanagement und Leiter des Instituts für Wirtschaftsinformatik der TU Ilmenau - lehrt Wirtschaftsinformatik in Diplom-, Bachelor- und Masterstudiengängen Wirtschaftsinformatik, Medienwirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Informations- und Wissensmanagement, Informationsmanagement für digitale Güter und unternehmensübergreifende Integration von Informationssystemen.

Titel der Rezension:

Reduktion von Ungewissheit ²

Das Standard-Lehrbuch „Informationsmanagement. Grundlagen, Aufgaben, Methoden“ aus der Lehrbuchreihe „Wirtschaftsinformatik“ richtet sich zwar in erster Linie an Studierende wirtschaftswissenschaftlicher und technischer Studiengänge und IT-Führungskräfte. Es eignet sich aber darüber aber auch für Juristen und ist insbesondere Juristen in Verwaltung und Management anzuempfehlen, der heute nicht mehr ohne ein Wissen um ökonomische, verfassungs- und gemeinschaftsrechtliche Hintergründe auskommen sollte. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind übrigens in einer eigenen Lerneinheit „RECHT – Informationsrecht“ (S.85 ff) umrissen, wobei ganz knapp auf Daten- und Softwareschutz, Produkthaftung, Vertrags-, Telekommunikations- sowie E-Commerce-Recht eingegangen wird. ³

Der nächstliegende Grund für den Juristen, sich mit der Materie zu befassen, ist die ständig wachsende Akzeptanz elektronischer Behördendienste: Bereits rund die Hälfte aller Unternehmen in Deutschland kommuniziert mittlerweile auf elektronischem Wege mit der öffentlichen Verwaltung, verzichtet teilweise ganz auf Papier und wickeln einzelne Verfahren vollständig elektronisch ab. ⁴ Bürokratieabbau

¹ S. 12

² <http://www.informationsmanagementbuch.org/aktuelle-auflage/autoren.html>

wird in Zukunft vor allem in der gesteigerten Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie bestehen. Dieser Trend wird nicht zuletzt durch die Europäische Dienstleistungsrichtlinie befördert, die die elektronische Verfahrensabwicklung für grenzüberschreitende Dienstleistungen vorschreibt! Das daran angepasste deutsche Verwaltungsverfahren

³ Mehr dazu in den Kuselit Rezensionen a. „Insource, Offshore, Outsource – Help!“ Rezension zu Peter Bräutigam (Hrsg), „IT-Outsourcing. Eine Darstellung aus rechtlicher, technischer, wirtschaftlicher und vertraglicher Sicht, 2., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2009, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co, Berlin, ISBN 978 3 503 11202 9

<http://www.kuselit.de/rezension/15496/IT-Outsourcing.html>

b. „Wer gestern A sagte wie Alphabetisierung, muss heute B sagen wie Bildalphabetisierung – und C wie Computeralphabetisierung“, Rezension zu Thomas A. Degen Jochen Deister, Computer- und Internetrecht. Vertragsgestaltung, E-Commerce und Datenschutz, Stuttgart 2009, ISBN 978-3-415-03793-9: NR.15416

<http://www.kuselit.de/rezension/15416/Computer-und-Internetrecht-Vertragsgestaltung%2C-E-Commerce-und-Datenschutz%2C.html>

c. Claus-Dieter Müller-Hengstenberg, „Vertragsbedingungen für Softwareverträge der öffentlichen Hand“, 7. neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2008, Erich Schmidt Verlag Berlin, ISBN: 978-3-503-10310-2

<http://www.kuselit.de/rezension/15130/Vertragsbedingungen-fuer-Softwarevertraege-der-oeffentlichen-Hand.html>

d. Martin Eifert, Electronic Government. Das Recht der elektronischen Verwaltung 2006, 505 S., geb. mit Schutzumschlag, 109,- € ISBN 978-3-8329-1290-1 (Neue Schriften zur Verwaltungsrechtswissenschaft, Bd. 1)

<http://www.kuselit.de/rezension/14488/Electronic-Government.html>

⁴ Destatis Pressemitteilung Nr.498 vom 18.12.2009: Elektronische Behördendienste gewinnen an Akzeptanz

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

rensrecht sieht schon jetzt die Nutzung elektronischer Abwicklung über einen sog. Einheitlichen Ansprechpartner (abgekürzt: EAP - in der Terminologie des VwVfG: einheitliche Stelle) auch für innerdeutsche Verfahren vor, leidet jedoch gleichwohl unter einem (wahrscheinlich europarechts-widrigen) Schönheitsfehler: Es lässt entgegen den Vorgaben der Dienstleistungsrichtlinie zuwider dies nicht für alle Dienstleistungen zu, sondern nur dann, wenn diese Möglichkeit ausdrücklich durch gesetzliche Vorschrift eröffnet wird.

Sicher werden viele Bürokraten innere Hemmnisse überwinden müssen, um sich an die Funktionsweise von Informationstechnik heranzupirschen. Aber nichts ist leichter als das mit dem hier vorgestellten Lehrbuch von Lutz J. Heinrich und Dirk Stelzer, das ganz hervorragend didaktisch aufgebaut und geradezu ein Musterbeispiel für moderne und effektive Lehr- und Lerntechnik abgibt. Nach Vorwort, Inhaltsverzeichnis, alphabetischem Verzeichnis der Lerneinheiten sowie einer Einführung und Grundlegung behandeln die Hauptkapitel zunächst

- Grundlagen
- Strategische Aufgaben und
- Administrative Aufgaben
- des Informationsmanagements, um sich sodann speziell dessen
- Strategischen und
- Administrativen Methoden zuzuwenden.

Das letzte Kapitel bringt Fallstudien zu Situations- und Erfolgsfaktorenanalyse sowie zu Lebenszyklus- und Geschäftsprozessmanagement. Das Ganze wird abgerundet mit einem ganz beachtlichen Literatur- sowie einem umfangreichen Schlagwortverzeichnis.

Die Hauptkapitel des Lehrbuchs wiederum sind in Lerneinheiten unterteilt. Jede Lerneinheit wird mit einem abgekürzten Stichwort / Akronym markiert. Diese mögen dem einen befremdlich oder dem anderen erheiternd erscheinen. So stehen z.B. MODIM für „Modell des Informationsmanagements“, QUALM für „Qualitätsmanagement“, SEMAN für „Servicema-

gement“ und KOLER für „Kosten- und Leistungsmanagement“. Trotzdem sollte man den didaktischen Wert solcher Abkürzungen nicht unterschätzen! Den Forschungen zum Erwachsenenlernen folgend sind mindestens vier kognitive Prozesse zu unterscheiden, nämlich (1) Erinnern und Reproduzieren, (2) Verstehen und Anwenden, (3) Analysieren und Bewerten sowie (4) Kreatives Schaffen und Weiterentwickeln. Gerade die ungewöhnlichen und bildhaften Abkürzungen und die damit verbundenen Assoziationen erleichtern und stärken Erinnerungsvermögen und -leistung, d.h. den ersten der genannten vier Bereiche! Probieren Sie es doch selbst einmal: Sehen Sie nicht förmlich das modische Modell bei MODIM auf dem Laufsteg, steigt Ihnen nicht der beißende QUALM beim Qualitätsmanagement in die Augen, entwickeln Sie kein Mitgefühl mit dem im Hafen im Servicemanagement schuftenden SEMAN und erwarten Sie nicht geradezu den KOLER, ohne den es beim Kosten- und Leistungsmanagement nur selten abgehen dürfte.

Damit aber nicht genug: Jede Lerneinheit wiederum folgt einem wohlgedachten Schema. Sie beginnt mit der Beschreibung des Lernziels (Abschnitt 1), unmittelbar gefolgt von in der Lerneinheit verwendeten Definitionen und Abkürzungen (Abschnitt 2). Damit wird die Aufmerksamkeit auf das Wesentliche konzentriert. Dem folgt der sachlich gegliederte Lernstoff (Abschnitt 3), in den sich der geeignete Leser durch die sich anschließenden Forschungsbefunde (Abschnitt 4) und Hinweise auf Problemstellungen und -lösungen aus der Praxis (Abschnitt 5) weiter vertiefen kann. Verweise auf Methoden und Fallstudien (Abschnitt 6) sorgen für die notwendigen Querverbindungen und Kontrollfragen ermöglichen eine Lernkontrolle (Abschnitt 7). Zudem werden Fundstellen und Quellen (Abschnitt 8), Vertiefungsliteratur (Abschnitt 9), ergänzendes Informationsmaterial (Abschnitt 10) und Hinweise auf Normen (Abschnitt 11) geboten.

Die Lerneinheit „EINGR - Einführung und Grundlegung“ erläutert die fundamenta-

ten Begriffe, die naturgemäß vom allgemeinen juristischen Sprachgebrauch abweichen können. Dazu gehören: Wissen (knowledge): Gesamtheit der Kenntnisse und Fähigkeiten zur Lösung von Problemen. Information: Explizites, mitteilbares Wissen. Informationsfunktion (information function): Teilmenge des betrieblichen Aufgabensystems, dessen Zwecke Information und Kommunikation sind. Informationsmanagement (information management): Auf Information und Kommunikation gerichtetes Leitungshandeln in Organisationen, also alle Führungsaufgaben, die sich mit Information und Kommunikation befassen. Daten (data): Information, die zum Zweck der Verarbeitung formalisiert dargestellt ist. Ausgangspunkt des Lehrbuchs ist der Ansatz, dass die Informationsfunktion eine alle anderen betrieblichen Funktionen umfassende Querschnittsfunktion darstellt (S. 12 f). Hiervon ausgehend entwickelt das Lehrbuch ein Modell des Informationsmanagement (Schaubild S. 23)⁵, das nicht nur konsequent den gesamten Lehrstoff strukturiert, sondern auch in der Praxis als Grundlage eines jeden unternehmensspezifischen IM-Konzepts herangezogen werden kann, beginnend von der Planung bis hin zur Realisierung.

Auch damit sind die Vorzüge dieses Lehrbuchs noch nicht abschließend erfasst. Denn auf der Webseite www.informationsmanagement-buch.org bieten die Autoren zusätzlich Interaktivität an. Dort sind u.a. die didaktischen Abschnitte der Lerneinheiten (verständlicherweise ohne den eigentlichen Lernstoff, da man sich das Buch sonst nicht anschaffen müsste) und das gesamte verwendete Glossar wiedergegeben. Der Leser wird nicht nur zu Fragen, Hinweisen und Verbesserungsvorschlägen ermuntert, sondern hat auch Gelegenheit, sich in Diskussionsforen zu allen Lerneinheiten einzubringen. Das Gesamturteil kann daher nur lauten:

Vorbildlich und hervorragend!

⁵ Schaubild ist – wie übrigens alle anderen Abbildungen des Lehrbuchs - unter www.informationsmanagement-buch.org verfügbar.

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

Kreditwesen Leasing-Forum 2010

07.07.2010, Frankfurt am Main

Das Thema:

„Wachstum braucht Investitionen“, betonte kürzlich das ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Und die Leasing-Branche als Investitionsmotor der deutschen Wirtschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle. Jährlich investieren die Leasing-Unternehmen 42 Milliarden Euro in Fahrzeuge, Maschinen, Computer oder Immobilien. Zum Nutzerkreis zählen sowohl Mittelständler als auch internationale Konzerne.

Demgegenüber befindet sich die Leasing-Wirtschaft im Umbruch: Die drastische Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen nicht nur für Leasing-Unternehmen, die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform sowie die geplanten Änderungen der internationalen Bilanzierungsrichtlinien erschweren für viele Anbieter die Daseinsbedingungen. Dabei muss Leasing gerade jetzt seiner Aufgabe als alternative Finanzierungsquelle für Investitionen verstärkt nachkommen. Der Mittelstand braucht Geld, die Zurückhaltung der Banken wird beklagt. Welche Konsequenzen haben diese Bedingungen für Wettbewerbssituation und Angebot? Was unterscheidet Leasing-Anbieter von Banken und damit Leasing vom klassischen Bankkredit? Und wie können Hersteller oder Händler von Industriegütern Leasing als Absatzinstrument einsetzen? Politik, Finanzaufsicht, (Vertriebs-)Partner und vor allem Kunden müssen den Nutzen von Leasing nicht nur begreifen, sie müssen ihn wollen! Darüber wollen wir reden und diskutieren.

Programm

- Aktuelle Entwicklungen in der Leasing-Branche
- Leasing – Konkurrenz für den klassischen Bankkredit?
- Nachgefragt zur Sache
- Leasing oder Kredit – was nutzt dem Kunden?

- Gesetzliche Neuerungen im Leasing und deren Herausforderungen für Geschäftsmodelle und Rating
- Risiko- und Forderungsmanagement als Erfolgsbaustein
- Leasing als Element der Absatzfinanzierung
- Leasing als Finanzierungs- und Absatzinstrument
- Schlusswort und Ende der Veranstaltung

www.kreditwesen.de

Roman Jüngling

Polnisches Börsen- und Kapitalmarktrecht Interessenkonflikte bei der Selbstnotierung der Warschauer Börse

(Börsen- und kapitalmarktrechtliche Abhandlungen, Bd. 7)
Frankfurt am Main 2010

283 S., 57,80 €
ISBN 978-3-631-59894-8

www.peterlang.de

Judith Osterried

Einzugsermächtigungsverfahren Bankpraxis und juristische Einordnung

(Europäische Hochschulschriften - Reihe II, Bd. 5014)
Frankfurt am Main 2010

136 S., EUR 39,80
ISBN 978-3-631-60113-6

www.peterlang.de

Jennifer D. Oxe

Der Leasingnehmer als Verbraucher

Eine Untersuchung der verbraucherschützenden Vorschriften und der Verteilung des Mängelrisikos im Finanzierungsleasingverhältnis

Baden-Baden 2010
175 S. 44,- €
Erscheinungstermin: Mai 2010
ISBN 978-3-8329-5199-3

Gegenstand der Abhandlung ist die Anwendung der europarechtlich motivierten Verbraucherschutznormen auf den Finanzierungsleasingvertrag, der im BGB nicht kodifiziert ist. Basierend auf der Untersuchung der europarechtskonformen Behandlung des Finanzierungsleasings werden dabei praxisorientierte Formulierungsvorschläge für die regelmäßig durch AGB gestaltete leasingtypische Abtretungskonstruktion (Leasing- und Liefervertrag) unterbreitet. Weitere Schwerpunkte bilden die Frage, ob Finanzierungsleasing als Umgehungsgeschäft einzuordnen ist, die Rechtsfolgen unwirksamer Drittverweisklauseln, die sogenannte „Dual Use“-Problematik sowie die Entwicklungen im Zusammenhang mit der novellierten Verbraucherkreditrichtlinie.

Das Werk ist Teil der Reihe Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft – Neue Folge, Band 2.

www.nomos.de

Ratschläge zur Vermögensverwaltung

3. Aufl., Bonn 2010
70 S., ca. EUR 18,00

Erscheinungstermin: November 2010
ISBN 978-3-935079-71-6

www.zerb.de

24. Asylrecht | Ausländerrecht

Tillmann Löhr

Schutz statt Abwehr

Für ein Europa des Asyls

Berlin 2010.

ISBN 978-3-8031-2628-3

9,90 € 93 S.

Jeder Flüchtling hat das Recht, in der Europäischen Union Hilfe und Schutz vor Verfolgung zu erhalten. Soweit die Theorie der Genfer Flüchtlingskonvention. Doch in der Praxis geht es Regierungen eher darum, die Zahl der Asylbewerber möglichst gering zu halten. Abwehr statt Schutz ist die Devise. Europas Grenzen sind kaum noch zu erreichen. Wer es trotz Frontex- Patrouillen und Visa- Bestimmungen schafft, muss sich in abweisenden Verfahren und unter abschreckenden, oft unmenschlichen Aufnahmebedingungen behaupten. Hinzu kommen die Notlagen hunderttausender Migranten, die als Geduldete in ständiger Angst vor der Abschiebung oder ganz ohne Aufenthaltspapiere im Verborgenen leben. Tillmann Löhr gibt einen längst notwendigen Überblick über die Geschichte und Gegenwart der Flüchtlingspolitik. Der Autor zeigt realistische, schnelle Verbesserungsmöglichkeiten auf: Die Staaten der EU sollen sichere und legale Wege nach Europa eröffnen, dürfen Bootsflüchtlinge nicht länger auf Hoher See zurückschicken und müssen zu fairen und europaweit vergleichbaren Gerichtsentscheidungen kommen, auch für Menschen ohne Aufenthaltspapiere.

Tillmann Löhr, geboren 1975 in Hamburg, arbeitet als Fraktionsreferent im Deutschen Bundestag. Während des juristischen Referendariats arbeitete er unter anderem beim Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen, bevor er anschließend als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Frankfurt am Main über Kinderflüchtlinge promovierte.

www.wagenbach.de

Rainer M. Hofmann | Holger Hoffmann
(Hrsg.)

Ausländerrecht

AufenthG - FreizügG/EU

AsylVfG - StAG

Baden-Baden 2008

2376 S.

128.- €



ISBN 978-3-8329-1171-3

Kurz nach der Reform des Zuwanderungsgesetzes sind am 14. 03. 2005 bereits weitere wesentliche Neuregelungen in Kraft getreten. Der Kommentar berücksichtigt diese aktuelle Gesetzeslage und orientiert sich an den Bedürfnissen der anwaltlichen gerichtlichen und sozialarbeiterischen Praxis und den Verfahrensberatern der Wohlfahrtsverbände. Das Werk bietet detaillierte Kommentierungen zu den wichtigen Gesetzen und Regelungen:

- * Aufenthalts- u. AsylverfahrensG
- * StaatsangehörigkeitsG
- * FreizügigkeitsG /EU
- * Europäische Abkommen (ARB I / 80 und III /80 Mittelmeerabkommen etc.)
- * Übersichten zum Sozialleistungsrecht und den arbeitsrechtlichen Sonderregelungen für Flüchtlinge

Der neue Kommentar setzt einen Schwerpunkt bei der Kommentierung der Einflüsse von EU-Richtlinien auf die deutsche Rechtslage (z.B. zur Flüchtlingsanerkennung, zum gemeinsamen Asylverfahren oder zur Familienzusammenführung). Unter Berücksichtigung der neuen Verordnungen und der bisherigen Verwaltungsvorschriften werden die wichtigsten Assoziationsabkommen (z.B. EU - Türkei) kommentiert. Besonders wichtig für die anwaltliche Beratung: Der Handkommentar bietet konkrete Formulierungs-, Praxis- und Gebührenhinweise sowie vertiefende Erläuterungen zum oftmals komplizierten vorläufigen Rechtsschutz.

www.nomos.de

Matthias Lehnert | Marei Pelzer



Der Selbsteintritt der Mitgliedstaaten im Rahmen des EU-Asylzuständigkeitssystems der Dublin II-Verordnung

in: NVwZ 10/2010, S. 613-616



Rücknahme einer Ausweisung
BVerwG, U. v. 22.10.2009 - 1 C 26/08 -

in: NVwZ 10/2010, 652-656



Westphal, Volker | Brakemeier, Sabine

Der Visakodex

in: NVwZ 10/2010, 621-624



Verlängerung von Abschiebungshaft trotz Asylfolgeantrags

BGH, B. v. 25.03.2010 - V ZA 9/10 - (LS)

in: NVwZ 10/2010, (Beilage NVwZ aktuell) S. 9



Wiederaufgreifen des Verfahrens bezüglich Ausweisungsverfügung

BVerwG, U. v. 22.10.2009 - 1 C 15/08

in: NVwZ 10/2010, 656-661



Verlängerung von Abschiebungshaft trotz Asylfolgeantrags

BGH, B. v. 25.03.2010 - V ZA 9/10 - (LS)

in: NVwZ 10/2010 (Beilage NVwZ aktuell) S. 9

25. Europa | Europarecht

Alexis von Komorowski

Demokratieprinzip und Europäische Union

Staatsverfassungsrechtliche Anforderungen
an die demokratische Legitimation der
EG-Normsetzung

(Schriften zum Euro-
päischen Recht Bd. 148)
Berlin 2010
1371 S., 168.- €
Erscheinungstermin:
April 2010



ISBN 978-3-428-13170-9

Wer ist das Volk? Wie lassen sich - zumal
in Großgesellschaften - soziale Machtakte
dem Volk zurechnen? Was verbindet
Volks- und Staatssouveränität?

Die Frage nach der Legitimität europäischer
Gesetzgebung führt unweigerlich
zu diesen Kernproblemen moderner
Demokratie. Aus verfassungsrechtlicher
Sicht zu ihrer Klärung beizutragen, ist das
Anliegen Alexis von Komorowskis, der in
der vorliegenden Publikation behutsam an
die Lehren des Weimarer Staatsrechtsleh-
rers Hermann Heller (1891 - 1931) an-
knüpft. Der grundgesetzliche Volksbegriff
wird im Sinne der "quod-omnes-tangit"-
Formel entfaltet. Die im Grundgesetz ver-
ankerte Volkssouveränität nimmt als mehr-
dimensionale Zurechnungsnorm Gestalt
an, die u. a. auch Elemente demokrati-
scher Normalität in positivrechtlicher
Geltung erstarken lässt. Die Staatssouverä-
nität wird als grundgesetzliche Verbür-
gung gewürdigt, die einem Übergang zum
Europäischen Bundesstaat nicht entgegen-
steht.

(Kuselit-Rezension in Arbeit)

www.duncker-humblot.de

Anna Gamper (Hrsg.)

Repräsentation zwischen Reform und Risiko Wahlrecht am europäischen Fallbeispiel

Wien 2010
600 S.; ca. 99.95 €
Erscheinungstermin: 01.10.2010
ISBN 978-3-211-92815-8

www.springer.com

Karl Hauck | Wolfgang Noftz
Eberhard Eichenhofer (Hrsg.)

EU-Sozialrecht - im Abonnementbezug

Berlin 2010
1052 S., 68.- €
Erscheinungstermin: in Vorbereitung
ISBN 978-3-503-12484-8

ww.ESV.info

Rudolf Streinz | Christoph Ohler

EUV/AEUV

Vertrag über die Europäische Union und
über die Arbeitsweise der Europäischen
Union

(Beck'sche Kurz-Kommentare, Bd. 57)
2. Auflage München 2010
ca. 2900 S, ca. 198.- €

Erscheinungstermin: Oktober 2010
ISBN 978-3-406-60254-2

www.beck-shop.de

ÖSTERREICH

Hans D. Jarass

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

unter Einbeziehung der vom EuGH ent-
wickelten Grundrechte und der Grund-
rechtsregelungen der Verträge

München 2010
ca. 500 S.; ca. 58.- €

Erscheinungstermin: Juni 2010
ISBN 978-3-406-60337-2

www.beck-shop.de

ÖSTERREICH

Waldemar Hummer (Hrsg.)

Neueste Entwicklungen im Zusammenspiel von EU-Recht und nationalem Recht der Mitgliedstaaten

Dargestellt am Beispiel Österreichs
Wien 2010
700 S.; ca. 139.95 €
Erscheinungstermin: 01.07.2010
ISBN 978-3-7091-0236-7

www.springer.at

Hans W. Arndt | Kristian Fischer

Fälle zum Europarecht (Falltraining)

7. Auflage, Heidelberg 2010
180 S., EUR 18.00

Erscheinungstermin: 01.10.2010
ISBN 978-3-8114-9628-6

www.hjr-verlag.de

26. Internationales Recht

Simone Schuller

Versöhnung durch strafrechtliche Aufarbeitung?

Die Verfolgung von Kriegsverbrechen in Bosnien und Herzegowina

Peter Lang Verlag
Frankfurt am Main 2010
158 S.
27.80 €
(Europäische Hoch-
schulschriften -
Reihe XXXI ; 585)



ISBN 978-3-631-59879-5

In den letzten Jahren erlangt neben dem International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) zunehmend auch die nationale Gerichtsbarkeit Bedeutung bei der Verfolgung von zwischen 1992 und 1995 in Bosnien und Herzegowina begangenen Kriegsverbrechen. Die Öffentlichkeit ist jedoch nur in geringem Maße über die Tätigkeit der gerichtlichen Institutionen informiert und steht diesen überwiegend negativ gegenüber. Eine Darstellung der grundlegenden Ziele strafrechtlicher Aufarbeitung, sowie der Situation in Bosnien und Herzegowina, zeigt die dafür verantwortlichen Versäumnisse auf. Diese liegen insbesondere in der verspäteten und unzureichenden Implementierung von Maßnahmen zur Einbindung der Bevölkerung in die strafrechtlichen Prozesse.

Inhalt:

Aus dem Inhalt: Ansprüche und Ziele der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen - Transitional Justice in Bosnien und Herzegowina - International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) - Nationale gerichtliche Institutionen - Problemfelder und Versäumnisse - Wahrnehmung der Bevölkerung

www.peterlang.de

Giorgi Tvalavadze

Gewährleistung nach deutschem, georgischem und UN-Kaufrecht

Eine rechtsvergleichende Darstellung
aus der Sicht des Verkäufers

ISBN 978-3-86573-490-7
524 S. 69,00 EUR. 2009 (Diss.)

Schriften zur Rechtswissenschaft
Bd. 129

In der Arbeit werden die Gewährleistungssysteme und einzelne Rechtsbehelfe des deutschen, georgischen und UN-Kaufrechts aus der Sicht des Verkäufers verglichen. Interessant ist diese Arbeit insbesondere deshalb, weil sowohl Deutschland als auch Georgien Vertragsstaaten des Wiener Kaufrechtsübereinkommens sind. Außerdem stellt Deutschland für Georgien einen der wichtigsten Handelspartner dar. Die Darstellungen zeigen, dass trotz der durch die Schuldrechtsmodernisierung erfolgten Annäherung des deutschen Rechts an das UN-Kaufrecht und der auffallenden Ähnlichkeit des georgischen Rechts mit beiden Regelwerken doch wesentliche gewährleistungsrechtliche Unterschiede vorliegen, die zum grundsätzlichen Bevorzugen des UN-Kaufrechts durch den Verkäufer führen. Dabei darf man aber wiederum nicht die Bedeutung der Umstände des vorliegenden Einzelfalles vergessen, die für eine juristisch korrekte Entscheidungsfindung ausschlaggebend sind. Neben den vielen Vorteilen des UN-Kaufrechts gibt es demgegenüber auch einige Nachteile, die der Verkäufer insbesondere in Bezug auf seine Stellung in der Handelskette und die Art seiner Ware in Betracht zu ziehen hat.

www.wvberlin.de



Markus Krajewski
Wettbewerbsvorschriften in
regionalen Handelsabkommen am
Beispiel des EG-CARIFORUM-
Wirtschaftspartnerschaftsabkommens
in: EWS 5/2010, 161-166

Daniela Späth

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten

Völkerrechtliche Analyse
eines neuen Instruments
zur internationalen Konfliktverhütung

ISBN: 978-3-86573-092-3
259 S. 31 EUR. 2005
(Diss.)

Schriften zur
Rechtswissenschaft
Bd. 51



Das Ende des Kalten Krieges bedeutete in zweierlei Hinsicht eine Herausforderung für die KSZE. War einerseits der Weg für den Institutionalisierungsprozess und damit für die Fortentwicklung der KSZE zur OSZE geebnet, drohten andererseits lang unterdrückte Spannungen zu eskalieren. Als großes Konfliktpotential wurde vor allem das Verhältnis der Staaten zu den auf ihren Territorien lebenden Minderheiten identifiziert. Infolgedessen schufen die Teilnehmerstaaten auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 ein völlig neues Mandat, dem die Konfliktverhütung zum "frühestmöglichen" Zeitpunkt übertragen wurde, das Mandat des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. In der vorliegenden Abhandlung werden die Möglichkeiten und Grenzen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten bei der Verhütung ethnischer Konflikte durch eine völkerrechtliche Analyse des Mandats aufgezeigt und seine Rolle in der internationalen Friedenssicherung bewertet.

www.wvberlin.de



Michael Kempe | Olivier Gänswain
Die Rückkehr
der Universalfeinde
Terroristen als hostes humani generis -
und was Piraten damit zu tun haben
ZNR 2/2010, 91-106

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

Kuselit Rezension

Sachsenrecht, Studien zur Geschichte des sächsischen Landrechts in Mittelalter und früher Neuzeit

Schriften zur Rechtsgeschichte (RG) 142

Autor: Hiram Kümpfer

Verlag: Duncker
& Humblot

Ort: Berlin

Jahr: 2009

Seiten: 778

Preis: 138,- €[D] /
141,90 €[A] /
218,- CHF UVP

(Auch erhältlich als Print-Ausgabe bzw. als Print + E-Book)



ISBN:

Rezensent: Dr. Axel Schwarz, Moritzburg

Quelle: Kuselit Verlag GmbH

<http://www.duncker-humblot.de/>

Bewertung: Überraschende rechtshistorische und systematische Forschung zum historischen Sachsenrecht

Inhalt: Repertorium des Sachsenspiegels und der damit verbundenen Rezeption in Rechtsbüchern

Zielgruppe: Historiker, Juristen,
Philologen

Was kann man lernen? - Rechtshistorische Grundlagen und Wirkungen des Sachsenspiegels, auch rechtstheoretische Implikationen im Zusammenhang mit der herrschenden Rechtsquellenlehre

Herausgeber / Autor:

Hiram Kümpfer ¹

Akademischer Rat für Geschichte mit besonderer Berücksichtigung des Mittelalters und der frühen Neuzeit an der Universität Bielefeld und Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum ²

Titel der Rezension:

Nicht normatives Recht ³

Der Sachsenspiegel (um 1230) des Eike von Repgow ist eine der bedeutendsten Quellen europäischer Rechts-, Sprach- und Kulturgeschichte und entsprechend „gigantisch“ (S. 14) ist die wissenschaftliche Fachliteratur. ⁴ Hans Christoph Hirsch gibt mittlerweile den Sachsenspiegel als eBook heraus. ⁵ Den modernen gesamt-europäischen Zusammenhängen geht seit 2003 das Forschungsvorhaben „Das sächsisch-magdeburgische Recht als kulturelles Bindeglied zwischen den Rechtsordnungen Ost- und Mitteleuropas“ an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig nach.

¹ Lebenslauf (einschließlich beeindruckender Preise und Auszeichnungen / Stipendien und Fellowships) unter <http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/hiram.kuemper/lebenslauf-de.htm>

² Allein 57 Rezensionen von Hiram Kümpfer sind unter <http://webcritics.de/page/critic.php?id=52> zu finden.

³ Die Paradoxie des „nicht normativen Rechts“ stammt von Karl Kroeschell (Rechtswirklichkeit und Rechtsbücherüberlieferung, 1986) und wird bei Jürgen Weitzel zur unvollkommenen Rechtsgeltung (2002), vgl. S. 40f des hier rezensierten Werkes.

⁴ Eine Bibliographie dazu vom gleichen Autor ist im Verlag Traugott Bautz GmbH erschienen: Kümpfer, Hiram: Sachsenspiegel. Eine Bibliographie - mit einer Einleitung zu Überlieferung, Wirkung und Forschung, Nordhausen 2004, ISBN 978-3-88309-148-8. Zu Forschungen aus dem 19. Jahrhundert siehe <http://www.peter-hug.ch/lexikon/sachsenrecht>

⁵ Eike. Der Sachsenspiegel (Landrecht), Hrsg. v. Hirsch, Hans Christoph, ISBN 978-3-11-126556-8.

Erste Ergebnisse sind 2008 von Ernst Eichler und Heiner Lück als Band 1 der Reihe „Ivs Saxonico-Magdeburgense in Oriente“ unter dem Titel „Rechts- und Sprachtransfer in Mittel- und Osteuropa. Sachsenspiegel und Magdeburger Recht“ herausgegeben worden. ⁶

In diesem Kontext unterzieht Hiram Kümpfer detailgenau die über mehrere Jahrhunderte andauernde Wirkung des Sachsenspiegels, die dazu gehörenden handschriftlichen Überlieferungen, die Rezeption in anderen Rechtsaufzeichnungen einschließlich der Anwendung in Schöffensprüchen und anderen Gerichtsaufzeichnungen einer eigenen wissenschaftlichen Untersuchung. Kümpfers Sachsenrecht ist ganz umfassend, fast paneuropäisch, örtlich und zeitlich über die Grenzen seines sächsischen Entstehungsraumes und über das Mittelalter ausgreifend. Es besteht nicht nur aus den Normen des gemeinen Sachsenrechts, der landüblichen, landläufigen Sächsischen Rechte, die sich auf den Sachsenspiegel gründen. In den Sächsischen Ländern Albertinischer u. Ernestinischer Linie genießen diese als ein gemeines Recht Vorzug vor dem Römischen Recht und beeinflussen bekanntermaßen auch das Magdeburger Weichbildrecht und das in den Rechtsbüchern enthaltene Recht in Westfalen, Friesland, Hessen, Brandenburg, Pommern, Lausitz, Schlesien, Böhmen und Mähren.

Hiram Kümpfer stellt (Teil B, über 130 Seiten) den Forschungsstand zu Ort und Zeit der Abfassung des Sachsenspiegels sowie dessen lateinischer Vorlage, den „Mühlhäuser Reichsrechtsbruch“, zu den Quellen, Rechtssprichwörtern, die handschriftlichen Überlieferungen, Landrechtsglossen und zu verschiedenen Erschließungshilfen dar, spürt dem „Gedankengang des Sachsenspiegels“ nach und behandelt die Sächsische Weltchronik sowie die Beziehungen zwischen Sachsenspiegel und sächsischem Lehnrecht.

⁶ Rezensiert von Hiram Kümpfer, in Neues Archiv für die Sächsische Geschichte 80/200980 (2009), S. 306-307.

Kümpers Wirkungs- und Literaturgeschichte des Sachsenspiegels und des Gemeinen Sachsenrechts (Teil C, fast 130 Seiten) umfasst den Zeitraum zwischen dem 13. und dem 20. Jahrhundert. Ganz ausführlich stellt er die Erscheinungsformen der Sachsenspiegel-Rezeption in einzelnen Deutschen Rechtsbüchern (Teil D, ca. 150 Seiten). Hier reihen sich ein

- Breslauer Landrecht,
- Holländischer Sachsenspiegel,
- Berliner Schöffengericht,
- Neumarkter Rechtsbuch,
- Löwenberger Rechtsbuch,
- Livländischer Spiegel Land- und Lehnsrechts,
- Oberdeutscher Sachsenspiegel,
- Deutschenspiegel,
- Schwabenspiegel (mit französischen, tschechischen und lateinischen Übersetzungen),
- Elbinger Rechtsbuch (Preußen),
- Welfische und andere Kompilationshandschriften,
- Kleines Kaiserrecht, Magdeburger Rechtsbücher und Magdeburger Recht (auch in Schlesien und Polen, Preußen und Deutschordensland, Ukraine, Litauen, Belarusland, Böhmen, Mähren, Slowakei, Rumänien und Ungarn),
- Zwickauer Rechtsbuch,
- Meißner Rechtsbuch,
- Eisenacher Rechtsbuch,
- Rechtsbuch des Johannes Purgoldt,
- Weißenfelder Rechtsbuch,
- Saalfelder Rechtsbuch,
- Salzwedeler Rechtsbuch (Altmark),
- Glogauer Rechtsbuch,
- Troppauer Rechtsbuch,
- Prager Rechtsbuch,
- Silleiner Rechtsbuch,
- Herforder Rechtsbuch und
- verschiedene Sammelhandschriften.

In den rezeptionsgeschichtlichen Analysen zur Charakteristik und zu einzelnen Rechtsinstituten der sächsischen Rechtsbücher (Teil E, rund 80 Seiten) leistet Kümpfer durch eine von ihm erstellte Rechtsbücherkonkordanz (Anhang I, S. 571 ff) sowie durch eine Auswahl an hervorstechenden Aspekten und Rechts-

figuren (wie Technik und Stil, religiöse Vorstellungen, Grundideen, Güterrecht, Strafrecht und Strafverfahren, Reich, Kirche und Welt) einen eigenständigen Beitrag zur Rechtsbücherforschung.

Die Hauptbedeutung dieses monumentalen Werkes wird sicher in dem damit erstmals vorliegenden Zugriff zu einem Repertorium (Register) des sächsischen Rechts zu sehen sein. Kümpfer nennt dies – unter Anspielung an Konrad Beyerle (1872 – 1933) den Zugriff auf den „Beyerleschen Aktenschrank“ (S. 568). Mit Hilfe dieses Repertoriums sind weitere interessante Forschungsergebnisse zu erwarten, die Aufschluss über die gemeinsamen Wurzeln der europäischen Rechte geben werden.

Darüber hinaus leistet Kümpfers Sachsenrecht jedoch einen weiteren Beitrag zur aktuellen Rechtstheorie und -anwendung, freilich ohne dies explizit anzusprechen. Betrachten wir dazu die Umstände der Entstehung des Sachsenspiegels: Dass Eike von Repgow der Verfasser des Sachsenspiegels ist, steht wohl außer Frage, ebenso, dass er vom Grafen Hoyer von Falkenstein in irgendeiner Form (Einzelheiten sind nicht bekannt) unterstützt wurde. Eike von Repgows Arbeit stellte dabei keine reine Wiedergabe (oder Übersetzung bzw. Spiegelung) bestehenden Rechts dar, sondern enthält zusätzlich – auch davon darf man heute wohl ausgehen – seine eigene („willkürliche“, S. 68) Auffassung. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches. Denn zu den Charakteristika des Rechtsbuchbegriffs scheinen private Veranlassung bzw. private Entstehungsgründe zu gehören (S. 22). Kümpfer diskutiert alle Facetten des Rechtsbuchbegriffs, die von „kulturellem Text“ (S. 25) „Spiegelmetapher“ (S. 26), „Kodifizierung“ (S. 34), „Privatarbeit“ (S. 35), „gesetzesähnlicher Geltung“ (S. 38), „nicht normativem Text“ (S. 40), „autoritativem Lehrbuch“ (S. 44) bis hin zum „Gewohnheitsrecht“ (S. 49) reichen! Nichts ist gesichert, außer der rechtsschöpferischen Kraft des Eike von Repgow, der damit zumindest teilweise „über die Stränge“ zu schlagen scheint (S. 51).

Wenn Recht auf diese Weise historisch entstanden ist und entsteht, dann muss dies die herrschende Rechtsquellenlehre erschüttern. Wenn diese bei der Erklärung moderner gesamteuropäischer Erscheinungen versagt,⁷ scheint diese Unzulänglichkeit nichts Neues zu sein, wie der Blick in die Rechtsgeschichte zeigt. Das wiederum bedeutet, dass rechtsgeschichtliche Forschungen (wie Kümpfers Sachsenrecht) ganz aktuell und wichtig sind zum Verständnis des geltenden Rechts.

⁷ Vgl. „Richterrecht und Rechtsquelle“, Rezension zu Konrad Walter, „Rechtsfortbildung durch den EuGH. Eine rechtsmethodische Untersuchung ausgehend von der deutschen und französischen Methodenlehre.“ Schriften zum Europäischen Recht (EuR) 142, Duncker & Humblot 2009 ISBN 978-3-428-12817-4

<http://www.kuselit.de/rezension/15717/Rechtsfortbildung-durch-den-EuGH.html>

28. Wirtschaftswissenschaften

Eveline Artmann | Silvia Dullinger
Christoph Fröhlich | Roman Rohatschek
Vera Schiemer | Susanne Leitner
Elisabeth Rebhan | Carina Öppinger

Kommentar zum UGB

Rechnungslegungsrecht, IAS/IFRS

2., Auflage, Wien 2010
800 S., ca. 159.95 €

Erscheinungstermin: 01.09.2010
ISBN 978-3-7091-0167-4

www.Springer.at

RWS Insolvenzakademie

Zertifizierter Insolvenzbuchhalter

28.06.-02.07.2010 in Köln

THEMEN

- Interne Rechnungslegung des Insolvenzverwalters
- Steuerrecht In der Insolvenz
- Lohnbuchhaltung in insolventen Unternehmen
- Verfahrensabschluss und Schlussrechnung

Fachliche Leitung: Prof. Dr. Reinhard Bork
Referenten: Dagmar Lang, Marcus Nierkens, Ernst Riedel, Thomas Uppenbrink, Karsten Zabel, Dr. Frank Thomas Zimmer, LL.M. oec.

Innerhalb von vier Wochen nach Lehrgangsende erhalten Sie bei erfolgreicher Teilnahme die Urkunde als "Zertifizierter Insolvenzbuchhalter".

www.rws-seminare.de/2102338

FACT Forum in Wuppertal

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaft - Schumpeter School of Business and Economics hat eine Veranstaltungsreihe gestartet: "FACT Forum - Forum für Finance, Accounting, Controlling & Taxation" wendet sich dabei vor allem an Steuerberatungs- und WP-Kanzleien sowie an Unternehmensabteilungen des Rechnungswesens. Beim nächsten Termin steht ein Vortrag von WP/StB Prof. Dr. Jörn Schulte zur Unternehmensbewertung auf dem Programm, der am 28.06.2010 von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr stattfindet im Hörsaal 26, Gebäude I der Bergischen Universität Wuppertal. Die Teilnahme ist kostenlos; Anmeldung ist erbeten per

E-Mail an [fact\(a\)wiwi.uniwuppertal.de](mailto:fact(a)wiwi.uniwuppertal.de).

Stefan Homburg

Allgemeine Steuerlehre

(Vahlens Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften)
6. Aufl. München 2010

ca. 370 S., 29.80 €
ISBN 978-3-8006-3759-1

www.vahlen.de

Jörg Schlüter

Beck'sches IFRS-Handbuch

Kommentierung der IFRS/IAS

3. Aufl., 2009
1809 S., EUR 158.00
ISBN 978-3-406-8477-0

www.beck.de

nwb Seminare

Gestaltungsüberlegungen zur Übertragung von Betriebsvermögen bei Personen- und Kapitalgesellschaften

19.06.2010, Frankfurt
02.07.2010, Hamburg
15.07.2010, Stuttgart
16.07.2010, München

Vermögensübertragungen rund um das Betriebsvermögen dienen häufig dem Ziel, Mitarbeiter oder nahe Angehörige an das Unternehmen zu binden oder die Liquidität des Unternehmens zu erhöhen. Sie bieten aber auch die Möglichkeit, durch geschickte steuerliche Gestaltungen die Steuerlast im Unternehmen zu verringern oder die Haftung auszulagern. Nicht zuletzt ergeben sich häufig Veräußerungsfälle, weil das Unternehmen alters- oder krisenbedingt aufgegeben werden soll. Alle Übertragungsvorgänge können entgeltlich oder unentgeltlich erfolgen.

Bei der Gestaltung jeder Art der Übertragung gilt es, die ertragsteuerlichen Folgen nicht aus den Augen zu verlieren. So können insbesondere im Bereich der Personengesellschaften Gestaltungsfehler zu erheblichen steuerlichen Belastungen führen, die auf den ersten Blick gar nicht zu erkennen waren. Gerade in diesem Bereich tragen zum Teil umfangreiche und komplizierte BMF-Schreiben nicht immer zur Klarheit bei.

Ihr Nutzen

Unser Referent ermöglicht Ihnen durch praxisnahe Gestaltungshinweise und ausgewählte Beispiele eine bessere Einschätzung der Risiken, die bestmögliche Umsetzung von Übertragungen und die Vermeidung von Fehlgestaltungen.

www.nwb.de

29. Sonstiges

Yvonne Schuld

Veranstalterhaftung im Laufsport

(Europäische Hochschulschriften -
Reihe II, Bd. 5038)
Frankfurt am Main 2010

217 S., 44,80 €
Erscheinungstermin: April 2010
Mainz, Diss., 2010

ISBN 978-3-631-60287-4

Für die Veranstalter von Lauf-Events stellt sich immer wieder die Frage, welche Pflichten gegenüber den teilnehmenden Sportlern bestehen und wie die Haftung ausgestaltet ist. Diese Abhandlung trägt dem Rechnung und analysiert die Veranstalterhaftung im Laufsport unter zivilrechtlichen Aspekten. Es wird dargestellt, welche vertraglichen Bindungen zwischen Veranstalter und Läufer bestehen und inwieweit diese als Grundlage der Veranstalterpflichten dienen. Außerdem werden die Sicherungspflichten des Sportveranstalters gegenüber Athleten im Allgemeinen erörtert, bevor anhand ausgewählter Gefahrensituationen eine ausführliche laufsportbezogene Pflichtanalyse erfolgt. Abschließend thematisiert die Autorin die Rechtsfolgen von Leistungsstörungen und Pflichtverletzungen durch den Laufveranstalter und untersucht die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen.

Aus dem Inhalt:

- * Laufsport als Sportveranstaltung
- * Der Sportveranstaltungsteilnahmevertrag als Grundlage der Veranstalterpflichten
- * Sicherungspflichten des Sportveranstalters im Allgemeinen
- * Sicherungspflichten im Laufsport
- * Rechtsfolgen von Leistungsstörungen und Pflichtverletzungen
- * Haftungsbeschränkungen.

www.peterlang.de

Workshop:

Stiftungsspezifisches Fund-Raising für Hochschulen

im Wissenschaftszentrum Bonn präsentiert die Deutsche StiftungsAkademie am

28.10.2010

einen Workshop "Fund-Raising".

Kontakt 0201-8401200
akademie@stifterverband.de

In diesem Jahr findet der alljährlich von der Deutschen StiftungsAkademie ausgerichtete Kongress zu den

"Neuerungen im Stiftungs-, Gemeinnützigkeit und Spendenrecht"

am **16.09.2010**

im Wissenschaftszentrum Bonn statt.

Kontakt 0201-8401200
akademie@stifterverband.de

Wolfhard Kothe | Michael Kilian

Staatsbeamte als Dichterjuristen

(Hallesche Schriften zum Öffentlichen
Recht, Bd. 26)
Halle (Saale) 2010
ca. 67 S., 14,90 €
Erscheinungstermin: 2010
ISBN 978-3-86977-010-9

www.uvhw.de

Werner Steuber

Ab ins Ausland : Das lustige und illustrierte ABC als Basiswissen einmal anders

Waldshut-Tiengen
Deutsche u. Schweizer. Schutzgem. f.
Auslandsgrundbesitz
2010
ca. 96 S.
Erscheinungstermin: Mai 2010
ISBN 978-3-89250-087-2
10.- €

Herbsttagung des Arbeitskreises Kunst und Kultur

am

16.-17.09.2010

treffen sich die Teilnehmer des Arbeitskreises "Kunst und Kultur" des Bundesverbandes der Deutschen Stiftung zum weiteren Erfahrungsaustausch in der Körber Stiftung in Hamburg.

Der Arbeitskreis "Kunst und Kultur" versteht sich als Sprachrohr der Kunst und Kulturstiftungen und behandelt aktuelle Fragestellungen, stellt Projekte vor und hilft bei der praktischen Stiftungsarbeit.

Die Herbstsitzungen befassen sich mit signifikanten Entwicklungen im kulturellen Stiftungssektor, z.B. der Umwandlung von staatlichen Museen und der Positionierung in unserer Gesellschaft, z.B. zum Europagedanken.

Kontakt: 030-89794733

Impressum

Herausgeber des Zeitschriften-Inhaltsdienstes (ZID) sind:

Kuselit Verlag GmbH
Geschäftsführung
Ulrike Metzger | Gerd Schliebe
Leidsthaler Hub 2
66871 Etschberg
Tel. 06383 927972
Handelsregister
AG Kusel HRB 21631
USt-IdNr. DE 193667170
www.kuselit.de
email: verlag@kuselit.de

und

jurmatix GbR
Ralph Hecksteden | Marc Luuk
Auf dem Stümpfchen 29
66564 Ottweiler
www.jurmatix.de
email: info@jurmatix.de

Der ZID erscheint wöchentlich und dient der schnellen Information über neue juristische Periodika. Hierzu werden bibliographische Daten ausgewiesen und nach sachgerechten Kriterien sortiert. Die den ZID ergänzenden Informationen bestehen aus Buch- und Veranstaltungshinweisen, Pressemitteilungen, Rezensionen und weiteren Beiträgen, die in Zusammenhang mit den jeweiligen Sachgebieten stehen. Die durch die Informationen vermittelten Ansichten und Meinungen stellen nicht in allen Fällen die Meinung der Herausgeber dar. Eine Haftung – insbesondere für Preisangaben und Lieferbarkeiten Dritter – übernehmen die Herausgeber ebenfalls nicht. Die Zusendung von Beiträgen ist erwünscht. Den Abdruck behalten wir uns vor.

Der ZID ist kostenlos.

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

REZENSIONSANGEBOTE

Wolfgang Roth | Frank Hannes | Hendrik Mielke
Vor- und Nacherbschaft
Verlag C.H.Beck München 2010
237 Seiten, 59,00 €
ISBN: 978-3-406-58708-5

--

Wolfgang Hartung | Hartmut Scharmer
Bürogemeinschaft für Rechtsanwälte
Verlag C.H.Beck München 2010
233 Seiten, 38,00 €
ISBN: 978-3-406-59632-2

--

Dieter Medicus | Stephan Lorenz
Schuldrecht II
Verlag C.H.Beck, 15. Auflage München 2010
518 Seiten, 24,90 €
ISBN 978-3-406-58641-5

--

Bernd Rütters | Christian Fischer
Rechtstheorie
Verlag C.H.Beck, 5. Auflage München 2010
633 Seiten, 32,80 €
ISBN 978-3-406-60126-2

--

Notarkasse A. d. ö. R. München (Hrsg.)
Rechtsvorschriften im Notariat
Verlag C.H.Beck München 2010
957 Seiten, 49,00 €
ISBN 978-3-406-60560-4

--

Franz Jürgen Säcker | Maik Wolf
Kartellrecht in Fällen
Verlag Franz Vahlen, 2010
320 Seiten, 24,90 €
ISBN 978-3-8006-3689-1

ANHANG

Sachgebiet

Abfall	19	Denkmalrecht	20
Abgabenordnung	18	Einkommensteuer	18
Agrar	19	Energie	19
Allgemeines Sozialrecht	14	Entwürfe	2
Allgemeines Verwaltungsrecht	6	Erbe	10
Arbeitsförderung	14	Erbschaftsteuer	18
Arbeitslosenversicherung	14	EU-Organisationen	25
Arbeitsschutz	13	Europäisches Wirtschaftsrecht	25
Arbeitswelt	13	Europaparlament	25
ArbGG	8	Familien	10
Architekt	20	Fernsehen	22
Arzneimittel	21	Festvorträge	2
Arzt	21	FGO	8
Asyl	24	Film	22
Ausbildung	1	Finanzen	3
Ausländer	24	Finanzmarkt	23
Außenhandel	15	Fischerei	19
Baden-Württemberg	4 / 5	Forst	19
Banken	23	Fortbildung	1
Bauten	20	Freiwillige Gerichtsbarkeit	8
Bayern	4 / 5	Gebrauchsmuster	17
Beamten	13	Genossenschaften	15
Behinderte	14	Gerichtskosten	8
Beihilfen	25	Gerichtsverfassung	8
Beratungspraxis	1	Geschichte	27
Berlin	4 / 5	Geschmacksmuster	17
Besonderes Verwaltungsrecht	6	Gesellschaftsrecht: Mischformen	15
Betriebswirtschaft	28	Gesellschaftsrecht: sonstige (SE, Limited ..)	15
Bewertung	18	Gesundheit	21
BGB AT	9	Gesundheitsversorgung	21
Bilanzsteuer	18	Gewerbe	15
Biographie	2	Gewerbsteuer	18
Börsenrecht	23	Glaubensgemeinschaften	7
Brandenburg	4 / 5	Glücksspiel	29
Bremen	4 / 5	Glückwünsche	2
BWL	28	Grunderwerbsteuer	18
Computer (Soft/Hard)	22	Grundrechte	3
Datenschutz	22	Grundsteuer	18

ANHANG

Grundstück	20	M&A	28
Habilitationsvorträge	2	Management	28
Hamburg	4 / 5	Marken	17
Handelsrecht	15	Mecklenburg-Vorpommern	4 / 5
Hessen	4 / 5	Mediation	15 / 8
Immobilien	20	Mehrwertsteuer	18
Individualarbeitsrecht	13	Menschenrechte	26
Insolvenz	15	Methodenlehre	2
Internat. Steuerrecht	18	Miete	20
internationale Organisationen	26	Militär	3
Internationale Rechnungslegung	15 / 28	Musik	29
Internet	22	Nachrufe	2
IPR	26	nicht-staatliches Religionsrecht	7
Jagd	19	Niedersachsen	4 / 5
JGG	8	Nordrhein-Westfalen	4 / 5
Jugend	14	Öffentlicher Dienst	13
Jur. Professionen	1	Öffentliches Baurecht	20
juristische Standesorganisationen	1	Parteienrecht	3
Kanzleimanagement	1	Patent	17
Kapitalanlage	23	Personalmanagement	13
Kapitalgesellschaften	15	Personengesellschaft	15
Kartell	16	Pflegeversicherung	14
kirchliches Arbeitsrecht	13 / 7	Philosophie	27
Kollektivarbeitsrecht	13	Politik	27
Kommission	25	Porträt	2
Kommunalrecht	5	Post	22
Körperschaftsteuer	18	Presse	22
Kostenrecht	1	Privates Baurecht	20
Krankenkassen	21	Prozessrecht	8
Krankenversicherung	14	Recht der EU-Staaten	25
Kriminalistik	12	Rechtsgebiete: Drittländer	26
Kunst	29	Rechtswissenschaften	22
Landesrecht	5	Rechtsvergleichung	2/ 26
Landesverfassung	5	regionales Völkerrecht	26
Lebensmittel	21	Reise	11
Literatur	29	Religion	7
Lohnsteuer	18	Rentenversicherung	14
Luftfahrt	11	Rheinland-Pfalz	4 / 5

ANHANG

Richtlinien	25	Thüringen	4 / 5
Rundfunk	22	Transport	11
Saarland	4 / 5	Umsatzsteuer	18
Sachenrecht	9	Umwandlung	15
Sachsen	4 / 5	Umwelt	19
Sachsen-Anhalt	4 / 5	Unternehmenskrise	15
Sanierung	15	Urheber	17
Scheidung	10	Veranstaltungshinweise	2
Scheidungsfolgenrecht	10	Verbände	3
Schenkungsteuer	18	Verbraucherschutz	16
Schiedsgerichtsbarkeit	8	Verbrauchssteuer	18
Schiene	11	Vereine	29
Schifffahrt	11	Vereinte Nationen	26
Schleswig-Holstein	4 / 5	Verfahrenspraxis	1
Schuldrecht	9	Verfassung	3
SGG	8	Verfassungsorgane	3
Skizzen (Theorie)	2	Vergabe	6
Sozialleistungen	14	Verordnungen	25
Soziologie	27	Versicherung	23
Spedition	11	Versorgungsausgleich	10
Sport	29	Verwaltungsorganisation	6
staatliches Religionsrecht	7	Verwaltungsrecht	6
Staatsorganisation	3	Völkerrecht	26
Staatsrecht	3	Volkswirtschaft	28
Standesorganisationen (jur.)	1	VwGO	8
Stiftung	29	VWL	28
StPO	8	Wertpapiere	23
Strafrecht	12	Wettbewerb	16
Strafrechtliche Nebengebiete	12	Wirtschaftsverfassung	15
Strafvollzug	12	Wohnungseigentum	20
Straße	11	Zeitgeschichte	27
Subventionen	25	Zoll	18
Tagungsberichte	2	ZPO	8
Telekommunikation	22		
Theater	29		
Theorien	2		

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN - 23. Kalenderwoche

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu der Liste der Inhaltsverzeichnissen führen!

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

AG/KOMPAKT	Anwaltsgebühren kompakt - Infodienst für Mitarbeiter	5/2010	1
AGS	Anwalts Gebühren Spezial Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement	5/2010	1
AnwBl	Anwaltsblatt	6/2010	1
DRiZ	Deutsche Richterzeitung - Organ des Deutschen Richterbundes Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	5/2010	1
KammerForum	Mitteilungen der Rechtsanwaltskammer Köln	3/2010	1
ZNotP	Zeitschrift für die NotarPraxis	6/2010	1

2. Recht: Allgemein

AnwaltSpiegel	Deutscher AnwaltSpiegel - Das Online-Magazin für Recht, Wirtschaft und Steuern	11/2010	2
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts	10/2010	2
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH - Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	21-22/2010	2
JBl.	Juristische Blätter	6/2010	2
Jura	Juristische Ausbildung	6/2010	2
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht - Zeitschrift für die Zivilrechtspraxis	11/2010	2
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	24/2010	2
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	10/2010	2
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	11/2010	2
NRÜ	Nomos Rechtsprechungsübersicht	6/2010	2
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung - Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	11/2010	2
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	11/2010	2
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins - Organ für schweizerische Rechtspflege und Gesetzgebung Revue de la société des juristes bernois	Bd. 146 5/2010	2
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft - Archiv für Internationales Wirtschaftsrecht	Bd. 109 1/2010	2

3. Staats- und Verfassungsrecht

Das Parlament	Das Parlament	23/2010	3
---------------	---------------	---------	---

4. Gesetze und Verordnungen

BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	25-28/2010	4
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II	13/2010	4
GVBl. NRW	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	18/2010	4

Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	19/2010	4
5. Landesrecht Kommunalrecht			
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	11/2010	5
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010	5
FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010	5
FuNds	Die Fundstelle für die kommunale Praxis Niedersachsen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010	5
GK/Bay	Die Gemeindekasse (Ausgabe Bayern) - Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	11/2010	5
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010	5
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen Rheinland-Pfalz Saarland	5/2010	5
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010	5
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010	5
6. Verwaltungsrecht			
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010	6
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	10/2010	6
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	10/2010	6
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010	6
Polizei	Die Polizei - Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie	6/2010	6
VS	Vergabe spezial - ein aktueller vergaberechtlicher Informationsdienst - Gesetzgebung - Rechtsprechung - Konsequenzen für die behördliche und anwaltliche Praxis	5/2010	6
7. Glaube Religion Kirche			
- Keine Einträge -			
8. Gerichtsverfassung Prozessrecht			
- Keine Einträge -			
9. Privatrecht			
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen	Bd. 182, 2/2010	9
10. Familie Partnerschaft Trennung Erbe			
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis	6/2010	10
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	11/2010	10
FK	Familienrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst für Rechtsanwälte	6/2010	10

11. Verkehr | Transport

VRA	Verkehrsrecht aktuell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	6/2010	11
-----	-------------------------------------------------------------------------	--------	----

12. Strafrecht und Nebengebiete

GA	Goldammers Archiv für Strafrecht	5/2010	12
PStR	Praxis Steuerstrafrecht Steuerverkürzung - Steuerfahndung - Steuerberatung - Strafverteidigung	6/2010	12
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft	Bd. 122 1/2010	12

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

PERSONALmagazin	PERSONALmagazin - Management, Recht und Praxis	6/2010	13
PersV	Die Personalvertretung Fachzeitschrift des gesamten Personalwesens für Personalvertretungen und Dienststellen	6/2010	13
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht	6/2010	13

14. Sozialrecht

NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht Monatsschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	5/2010	14
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung	1/2010	14
SZS	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge Publikationsorgan der Konferenz der kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden	3/2010	14
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch - Sozialrecht in Deutschland und Europa	5/2010	14

15. Wirtschaftsrecht

AG	Die Aktiengesellschaft - Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht	11/2010	15
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	24/2010	15
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift - Zeitschrift der Haftungsvermeidung im Unternehmen	3/2010	15
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	22/2010	15
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	10/2010	15
GmbHR	GmbH-Rundschau - Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	11/2010	15
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft - Betriebsberater-International	6/2010	15
SWK	Steuer- und WirtschaftsKartei (Österreich)	16/2010	15
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht	5/2010	15
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	2-3/2010	15
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	23/2010	15
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis - (bis 1980: Insolvenzrecht)	22/2010	15

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	6/2010	16
-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------	----

17. Gewerblicher Rechtsschutz

ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Rechtsprechungsdienst -	5/2010	17
--------	--------------------------------------------------------------------	--------	----

18. Steuerrecht

BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs - Mit allen amtlich veröffentlichten und den nicht amtlich veröffentlichten Entscheidungen	6/2010	18
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis	6/2010	18
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	22/2010	18
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	11/2010	18
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	23/2010	18
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	21-22/2010	18
SteuerStud	Steuer & Studium - Zeitschrift für die Aus- und Fortbildung im Steuerrecht	6/2010	18
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	10/2010	18
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	21-22/2010	18
WISO-SteuerBrief	WISO-SteuerBrief	6/2010	18

19. Umwelt | Agrar | Energie

AbfallR	Recht der Abfallwirtschaft - Zeitschrift für Recht und Praxis der Abfallentsorger	3/2010	19
Bodenschutz	Erhaltung, Nutzung und Wiederherstellung von Böden - Organ des BVB	2/2010	19

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

BauR	Baurecht - Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (in Verbindung mit der ARGE BAURECHT im Deutschen Anwaltverein)	6/2010	20
BBB	BundesBauBlatt - hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen	6/2010	20
BRS-ID	Informationsdienst Öffentliches Baurecht - Ergänzung zur Baurechtssammlung (BRS)	2/2010	20
GuG-aktuell	Grundstücksmarkt und Grundstückswert AKTUELL Informationsdienst zur Zeitschrift GuG	3/2010	20
MK	Mietrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst zum Miet- und WEG-Recht	6/2010	20

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

A&R	Arzneimittel & Recht - Zeitschrift für Arzneimittelrecht und Arzneimittelpolitik	2/2010	21
ArztR	Arztrecht - Kompendium des gesamten Rechts der Medizin. Offizielles Organ der Arbeitsgemeinschaft für Arztrecht	6/2010	21
MedR	Medizinrecht	5/2010	21
RPsych (R&P)	Recht und Psychiatrie	2/2010	21

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

ITRB	IT-Rechts-Berater Informationsdienst für die EDV-, Multimedia- und TK-rechtliche Beratungspraxis	6/2010	22
------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	--------	----

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

VersR	Versicherungsrecht - Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	16/2010	23
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	21-22/2010	23
WuB	Entscheidungen zum Wirtschafts- und Bankrecht	5/2010	23

24. Asylrecht | Ausländerrecht

AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst	10/2010	24
InfAusR	Informationsbrief Ausländerrecht	6/2010	24

25. Europa | Europarecht

ABl. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C Mitteilungen und Bekanntmachungen	140- 141/2010	25
ABl. EU L	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe L Rechtsvorschriften	131- 132/2010	25

26. Internationales Recht

- Keine Einträge -

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie - Archives de Philosophie de Droit et de Philosophie Sociale / Archives for Philosophy of Law and Social Philosophy / Archivo de Filosofia Juridica y Social	2/2010	27
KJ	Kritische Justiz	2/2010	27
NG/FH	Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte - hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung	3/2010	27
RuP	Recht und Politik - Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik	2/2010	27
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte	1-2/2010	27
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik - mit Rechtspolitischer Umschau	4/2010	27

28. Wirtschaftswissenschaften

BBK	Buchführung, Bilanz, Kostenrechnung - Betrieb und Rechnungswesen	11/2010	28
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung Monatliche Beilage zu Finanz-Betrieb (FB)	6/2010	28
M&A	Mergers and Acquisitions - Beteiligungen - Allianzen - Restrukturierungen - Divestments	6/2010	28
NWB-BB	Betriebswirtschaftliche Beratung Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Fragen rund um das Mandat des Steuerberaters	6/2010	28
PFB	Praxis Freiberufler-Beratung Steuergestaltung - Wirtschaftsberatung - Private Finanz- und Vermögensplanung	6/2010	28
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	11/2010	28
ZIR	Zeitschrift Interne Revision - Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis	3/2010	28

29. Sonstiges

W&S	Das Sicherheitsmagazin	3/2010	29
-----	------------------------	--------	----

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH - 23. Kalenderwoche

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen,
die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen führen !

A&R	Arzneimittel & Recht Zeitschrift für Arzneimittelrecht und Arzneimittelpolitik	2/2010
AbfallR	Recht der Abfallwirtschaft Zeitschrift für Recht und Praxis der Abfallentsorger	3/2010
ABl. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	140-141/2010
ABl. EU L	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe L - Rechtsvorschriften	131-132/2010
AG	Die Aktiengesellschaft - Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht	11/2010
AG/KOMPAKT	Anwaltsgebühren kompakt - Infodienst für Mitarbeiter	5/2010
AGS	Anwalts Gebühren Spezial Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement	5/2010
AnwaltSpiegel	Deutscher AnwaltSpiegel - Das Online-Magazin für Recht, Wirtschaft und Steuern	11/2010
AnwBl	Anwaltsblatt	6/2010
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie Archives de Philosophie de Droit et de Philosophie Sociale / Archives for Philosophy of Law and Social Philosophy / Archivo de Filosofía Jurídica y Social	2/2010
ArztR	Arztrecht - Kompendium des gesamten Rechts der Medizin. Offizielles Organ der Arbeitsgemeinschaft für Arztrecht	6/2010
AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst	10/2010
BauR	Baurecht - Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (in Verbindung mit der ARGE BAURECHT im Deutschen Anwaltverein)	6/2010
BayVbl.	Bayerische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	11/2010
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	24/2010
BBB	BundesBauBlatt - hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen	6/2010
BBK	Buchführung, Bilanz, Kostenrechnung - Betrieb und Rechnungswesen	11/2010
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs - Mit allen amtlich veröffentlichten und den nicht amtlich veröffentlichten Entscheidungen	6/2010
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis	6/2010
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	25-28/2010
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II	13/2010

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen	Bd. 182, 2/2010
Bodenschutz	Erhaltung, Nutzung und Wiederherstellung von Böden - Organ des BVB	2/2010
BRS-ID	Informationsdienst Öffentliches Baurecht - Ergänzung zur Baurechtssammlung (BRS)	2/2010
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift - Zeitschrift der Haftungsvermeidung im Unternehmen	3/2010
Das Parlament	Das Parlament	23/2010
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	22/2010
DNotl-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts	10/2010
DRiZ	Deutsche Richterzeitung - Organ des Deutschen Richterbundes Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	5/2010
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	22/2010
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	11/2010
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH - Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	21-22/2010
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis	6/2010
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	10/2010
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	11/2010
FK	Familienrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst für Rechtsanwälte	6/2010
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010
FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010
FuNds	Die Fundstelle für die kommunale Praxis Niedersachsen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010
GA	Goldammers Archiv für Strafrecht	5/2010
GK/Bay	Die Gemeindekasse (Ausgabe Bayern) - Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	11/2010
GmbHR	GmbH-Rundschau - Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	11/2010
GuG-aktuell	Grundstücksmarkt und Grundstückswert AKTUELL Informationsdienst zur Zeitschrift GuG	3/2010
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	11/2010
GVBl. NRW	Gesetzes- und Ordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	18/2010
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht	6/2010
ITRB	IT-Rechts-Berater Informationsdienst für die EDV-, Multimedia- und TK-rechtliche Beratungspraxis	6/2010
JBl.	Juristische Blätter	6/2010
Jura	Juristische Ausbildung	6/2010
KammerForum	Mitteilungen der Rechtsanwaltskammer Köln	3/2010
KJ	Kritische Justiz	2/2010

ANHANG

KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung - Monatliche Beilage zu Finanz-Betrieb (FB)	6/2010
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen Rheinland-Pfalz Saarland	5/2010
M&A	Mergers and Acquisitions - Beteiligungen - Allianzen - Restrukturierungen - Divestments	6/2010
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht - Zeitschrift für die Zivilrechtspraxis	11/2010
MedR	Medizinrecht	5/2010
MK	Mietrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst zum Miet- und WEG-Recht	6/2010
Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	19/2010
Nds.VBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010
NG/FH	Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte - hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung	3/2010
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	24/2010
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	10/2010
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	11/2010
NRÜ	Nomos Rechtsprechungsübersicht	6/2010
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	10/2010
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	10/2010
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	23/2010
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	21-22/2010
NWB-BB	Betriebswirtschaftliche Beratung Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Fragen rund um das Mandat des Steuerberaters	6/2010
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht Monatsschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	5/2010
PERSONALmagazin	PERSONALmagazin - Management, Recht und Praxis	6/2010
PersV	Die Personalvertretung Fachzeitschrift des gesamten Personalwesens für Personalvertretungen und Dienststellen	6/2010
PFB	Praxis Freiberufler-Beratung Steuergestaltung - Wirtschaftsberatung - Private Finanz- und Vermögensplanung	6/2010
Polizei	Die Polizei - Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie	6/2010
PStR	Praxis Steuerstrafrecht Steuerverkürzung - Steuerfahndung - Steuerberatung - Strafverteidigung	6/2010
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendberziehung	1/2010
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft - Betriebsberater-International	6/2010
RPsych (R&P)	Recht und Psychiatrie	2/2010

RuP	Recht und Politik - Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik	2/2010
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung - Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	11/2010
SteuerStud	Steuer & Studium - Zeitschrift für die Aus- und Fortbildung im Steuerrecht	6/2010
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	10/2010
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	21-22/2010
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei (Österreich)	16/2010
SZS	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge - Publikationsorgan der Konferenz der kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden	3/2010
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	6/2010
VersR	Versicherungsrecht - Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	16/2010
VRA	Verkehrsrecht aktuell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	6/2010
VS	Vergabe spezial - ein aktueller vergaberechtlicher Informationsdienst - Gesetzgebung - Rechtsprechung - Konsequenzen für die behördliche und anwaltliche Praxis	5/2010
W&S	Das Sicherheitsmagazin	3/2010
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht	5/2010
WISO-SteuerBrief	WISO-SteuerBrief	6/2010
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	21-22/2010
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	11/2010
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	6/2010
WuB	Entscheidungen zum Wirtschafts- und Bankrecht	5/2010
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	11/2010
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins - Organ für schweizerische Rechtspflege und Gesetzgebung Revue de la société des juristes bernois	Bd. 146 5/2010
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht	6/2010
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch - Sozialrecht in Deutschland und Europa	5/2010
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	2-3/2010
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	23/2010
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis - (bis 1980: Insolvenzrecht)	22/2010
ZIR	Zeitschrift Interne Revision - Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis	3/2010
ZNotP	Zeitschrift für die NotarPraxis	6/2010
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte	1-2/2010
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik mit Rechtspolitischer Umschau	4/2010

ANHANG

ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft	Bd. 122 1/2010
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Rechtsprechungsdienst	5/2010
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft Archiv für Internationales Wirtschaftsrecht	Bd. 109 1/2010